

Deutsche Postbank International S.A.
Geschäftsbericht 2011



ClimatePartner

678-112-030



Deutsche Postbank International S.A. Geschäftsbericht 2011

| | |
|---------------------------------|----|
| Lagebericht | 2 |
| Bericht des Abschlussprüfers | 14 |
| Finanzbericht | 16 |
| Bilanz | 16 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 18 |
| Anhang zum Jahresabschluss | 19 |
| Organisation | 48 |

Lagebericht

Bericht des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2011

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachdem sich noch zu Beginn des Jahres 2011 weitgehender Optimismus an den Märkten verbreitete – schließlich verlief die globale Konjunkturerholung seit 2009 besser als erwartet – fand dieser positive Entwicklungstrend nach dem ersten Quartal 2011 ein abruptes Ende. So trafen zahlreiche Schocks auf die Weltwirtschaft, die den sich abzeichnenden Abkühlungsprozess verstärkten. Während einerseits der Ölpreis infolge der politischen Umbrüche im Mittleren Osten sowie Nordafrikas anstieg, legte andererseits das Erdbeben und die Atomkatastrophe in Japan zunächst große Teile der dortigen Wirtschaft still, um anschließend durch unterbrochene Lieferketten schnell weitere Wirtschaftsregionen in Mitleidenschaft zu ziehen. In der zweiten Jahreshälfte dominierte hingegen die immer mehr in den Fokus geratene Staatsschuldenkrise und die eng damit verbundene Vertrauenskrise. Während die drohende Zahlungsunfähigkeit der Vereinigten Staaten noch abgewendet werden konnte, befanden sich andere Staaten – zum Teil führende europäische Industrienationen – zusehends in einer sich zuspitzenden und immer prekärer werdenden Lage. Hier führte die stark abnehmende Vertrauensbasis der Märkte einer baldigen Konsolidierungsfähigkeit der Staatsfinanzen zu einer Eurovertrauenskrise. In diesen Sog wurden nach und nach mehr Länder gerissen: angefangen mit Griechenland, erfasste sie bald Irland, Portugal, Spanien und Italien und führte in all diesen Ländern zu Regierungswechseln. Im Zeitverlauf machte sich somit Sorge um den Fortbestand der gesamten Eurozone breit, von der auch die als äußerst solide geltenden Kernländer nicht verschont blieben.

Um diese ansteigende Instabilität einzudämmen, wurden im Berichtsjahr zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die wieder zu mehr Sicherheit und Vertrauen führen sollten. So wurde beispielsweise das garantierte Kapital des europäischen Rettungsschirms EFSF deutlich ausgeweitet. Diese im Jahr 2010 ins Leben gerufene Gesellschaft, unter deren Dach bereits Irland und Portugal Schutz gefunden haben, kann somit ein entsprechend größeres Kreditvolumen an angeschlagene Mitgliedsstaaten weiterreichen. Neben diesen länderunspezifischen Maßnahmen, die künftige Staatskrisen vermeiden sollen, wurden jedoch auch direkt an Staaten gerichtete Hilfsprogramme etabliert. So soll ein Schuldenschnitt Griechenlands in Höhe von 50 % in Kombination mit weiteren Unterstützungsleistungen eine realistische Konsolidierungsperspektive für das Land eröffnen. Aus heutiger Sicht ist allerdings damit zu rechnen, dass dieser geplante Schuldenschnitt deutlich umfangreicher ausfallen wird. Diese Maßnahmen wurden dabei nicht zuletzt auch deshalb ergriffen, um den immer weiter in Bedrängnis geratenen Bankensektor vor den Zahlungsunfähigkeitsproblemen der Eurostaaten zu schützen. So zeigte sich, dass die bislang noch „risikolosen“ Staatstitel in großem Umfang von Banken gehalten werden und nun von einer immensen Abschreibung bedroht sind. Offen ist dabei geblieben, mit welchem Risikofaktor diese künftig bemessen werden sollen. Neben diesen kurzfristig getroffenen Maßnahmen, die praktisch zunächst den Wirtschaftskreislauf aufrecht erhalten sollten, sind jedoch auch auf Langfristigkeit ausgerichtete Entscheidungen gefällt worden, die für einen stabilen künftigen

Rahmen sorgen sollen. An dieser Stelle ist beispielsweise auf die künftig höhere Kernkapitalquote für Banken in Höhe von 9 % hinzuweisen oder auch auf die Etablierung des dauerhaften europäischen Rettungsschirms ESM. Inwiefern diese Maßnahmenbündel eine nachhaltige Vertrauensbasis schaffen, wird dabei erst der Zeitablauf zeigen.

Die deutsche wirtschaftliche Entwicklung kennzeichnete sich trotz dieses Kontextes der Vertrauenskrise dennoch durch einen ausgeprägten Aufholprozess, der die Einbußen der Rezession aus dem Jahr 2009 ausglich. So lag das Bruttoinlandsprodukt zur Jahresmitte 2011 bereits wieder auf Vorkrisenniveau, schwächte danach allerdings ab und erreichte bis zum Jahresende eine Zuwachsrate von rund 3 %. Die wesentlichen Wachstumsimpulse gingen dabei vom Inland aus. So erwiesen sich insbesondere die privaten Konsumausgaben als wesentliche Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Der ebenso gestiegene Außenhandel stellte zwar einen geringeren Anteil am BIP-Wachstum dar, entwickelte sich aber dennoch äußerst dynamisch. Entsprechend positiv stellte sich die Arbeitsmarktlage dar: hier verzeichnete die Erwerbstätigkeit auch dank der guten Auftragslage der Unternehmen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Bedingt durch die zuvor starke konjunkturelle Belebung Deutschlands, die robuste Nachfrage, aber auch durch die höheren Energiepreise stiegen die Verbraucherpreise im Jahr 2011 an. Betrug die Inflationsrate im Jahr 2010 noch 1,2 %, stieg sie im Jahr 2011 auf 2,3 %.

Als Folge der weltweiten Unsicherheit hinsichtlich der Lösung der Schuldenkrisen zeigten sich die Aktienmärkte im Jahr 2011 äußerst nervös. Ereignisse wie zum Beispiel Herabstufungen der Kreditwürdigkeit einiger führender Industrienationen oder aber auch die Erkenntnis, dass Interventionen von Politik und Notenbanken eine immer kürzere Wirkungsdauer aufweisen, führten zu sehr volatilen Finanzmärkten. Sie ließen sich nicht mehr mit Trostpflastern beruhigen, vielmehr verlangten sie die Umkehr zu einer soliden Haushaltspolitik, in der nicht mehr ausgegeben als eingenommen wird. So konnte der DAX beispielsweise seinen im Jahr 2009 begonnenen Aufwärtstrend bis Mitte 2011 fortführen, um dann infolge des Vertrauensverlustes der Anleger deutlich nachzulassen. Am Jahresende ergab sich bei einem Stand von 5898 Punkten insgesamt ein Jahresverlust von rund 15 %.

Auch an den Devisenmärkten zeigte sich 2011 ein volatiles Bild. Konnte beispielsweise der Euro gegenüber dem US-Dollar infolge von zwei Leitzinserhöhungen und starken Euro-Käufen durch die Europäische Zentralbank in der ersten Jahreshälfte auf über 1,49 US-Dollar je Euro zulegen, kam es in der zweiten Jahreshälfte zu Abwertungen. Hier schwächten Spekulationen über einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone und der mögliche Zerfall der Europäischen Währungsunion die Gemeinschaftswährung. Die Oktober-Beschlüsse konnten den Euro/US-Dollar Kurs nur kurzfristig stabilisieren. Stattdessen machte sich seitdem eine neue Phase der Risikoaversion breit: Investoren trennten sich von langlaufenden Anleihen, Aktien und sogar Gold und parkten das Geld in festverzinsten kurzlaufenden Geldmarktpapieren, z.B. in deutsche Staatsanleihen. Aufgrund der hohen Nachfrage resultierten daraus zum Teil negative Renditen. Investitionen in den US-Dollar stellten dabei eine alternative Anlageform dar und das trotz eines extrem niedrigen Zinsniveaus und einem nicht minder hohen Verschuldungsgrad. Sehr bemerkenswert

war auch die Flucht der Anleger in kleinere Währungen, zeitweise auch solche aus Schwellenländern. Am deutlichsten wurde die europäische Nervosität beim Schweizer Franken, der in der Jahresmitte fast die Parität zum Euro erreichte. Die Schweizer Nationalbank sah sich gezwungen massiv zu intervenieren und den unlimitierten Kauf von Euro bei 1,20 CHF/EUR zu verkünden.

Geschäftsentwicklung

Die Deutsche Postbank International S.A. (PBI) konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der sich verschärfenden Staats- und Vertrauenskrise zum dritten Mal in Folge ein gutes Ergebnis erzielen. So wurde zwar das letztjährig erzielte Vorsteuerergebnis von 100,9 Mio. €, das zugleich das beste Resultat seit Bestehen der Bank markiert, nicht erreicht, mit 81,3 Mio. € aber dennoch ein respektables Ergebnis erlangt.

Die wesentliche Komponente dieses erfreulichen Ergebnisses ist in der nach wie vor großen operativen Stärke der PBI zu finden. Daran hatte vor allem der durch das Firmenkundengeschäft getriebene Zinsüberschuss einen großen Anteil. In diesem tragenden Element der Bank kam einerseits die ausgebauten Kreditvergabe an Unternehmen zum Vorschein. Andererseits spiegeln sich darin aber auch die erfolgreichen Aktivitäten der Treasury wieder, der es gelungen ist, sich in einem herausfordernden Marktumfeld gut zu positionieren. Durch die gleichzeitige Intensivierung des Zins- und Währungsmanagements konnte dabei das Cross-Selling-Potenzial der Bank weiter gehoben werden. Doch auch im Provisionsüberschuss bewährte sich das kundenorientierte Geschäftsmodell der Bank. So konnten die durch das Kreditgeschäft vereinnahmten Gebühren weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten. Eine weitere, solide Stütze des Provisionsüberschusses ergab sich aber auch durch das laufende Geschäft der Privatkundenabteilung, der es wieder gelungen ist, ihre Kunden positiv durch das schwierige Marktumfeld zu begleiten.

Diese operative Stärke nutzte die Bank im Berichtszeitraum gezielt, um einerseits aktiv Risiken abzubauen, andererseits aber auch um den bereits eingeschlagenen Weg der Diversifizierung der Aktivseite fortzusetzen. Dabei wurde der letztjährig begonnene Abbau des Bankenexposures in Kritik geratener Euroländer stärker fokussiert, um zeitgleich die Corporate-Bestände – vorzugsweise im deutschen Mittelstand – auszubauen. Dabei sind die risikominimierenden Verkäufe, die mit hohen Kosten einhergingen, über die GuV abgebildet worden.

Daneben konnte die Bank erfreulicherweise Drohverlustrückstellungen auflösen, die sie im Zusammenhang mit derivativen Geschäften mit Firmenkunden gebildet hatte. Hierbei ist es gelungen, die bereits aus den Vorjahren bekannte Problematik einer unzureichenden und volatilen Einzelgeschäftsbetrachtung zu lösen. Dazu implementierte sie ein Modell der imparitätischen Bewertung auf Portfolioebene. Durch diese Maßnahme hat die Bank eine realistischere Sicht eröffnet, die die tatsächliche ökonomische Risikoposition der PBI im Geschäft mit Firmenkundenderivaten auch handelsbilanziell abbildet. Diese Betrachtungsweise wird auch im Risikomanagement der Bank in Form eines implementierten BPV-Limits überwacht.

Auch auf der Kostenseite hat es die PBI erfolgreich verstanden, nachhaltig zu wirtschaften. Dabei ist es durch Prozessoptimierungen gelungen, das Vorjahresniveau des Verwaltungsaufwandes zu halten, ohne an Effizienz und Effektivität einzubüßen.

Insgesamt blickt die PBI auf ein gutes operatives Geschäftsjahr zurück, in dem sie ihre Kunden bedarfsorientiert auch in erneut schwierigerem Marktumfeld beraten hat.

Firmenkundengeschäft

Wie bereits in den Vorjahren kennzeichnete sich das Jahr 2011 durch relativ starke Schwankungen an den für das Firmenkundengeschäft der PBI relevanten Märkten. So konnte das Einlagengeschäft im Berichtsjahr trotz eines volatilen Zinsniveaus erneut gute Beiträge zur Refinanzierungsbasis und auch zum Zinsergebnis beitragen. Gerade vor dem Hintergrund der Umbrüche in der Bankenlandschaft schätzten die Einleger die PBI als besonders kompetenten und soliden Geschäftspartner. Auch auf der Aktivseite wies die Bank über den gesamten Berichtshorizont hinweg ein konstant hohes Geldmarktkreditvolumen auf – ein Indiz, dass die Bank auch weiterhin als kompetenter Kreditgeber in diesem Segment betrachtet wird.

Im Zins- und Währungsmanagement lagen 2011 die klassischen Sicherungsinstrumente im Fokus. Hinsichtlich komplexerer Sicherungsstrukturen zeigten sich die Firmenkunden auch in diesem Berichtsjahr weiterhin zurückhaltend, was gut zum konservativen Beratungsansatz und transparenten Produktportfolio der PBI passt. Das erneut gute Ergebnis in diesem Bereich sehen wir als Erfolg und Bestätigung unserer konsequenten Ausrichtung auf einfache und bedarfsgerechte Sicherungsangebote für alle Firmenkundensegmente.

Im Ergebnis blickt das Firmenkundengeschäft der PBI auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Die unverändert starke Gewinnung von Neukunden, die vorwiegend dem deutschen Mittelstand zuzuordnen sind, unterstreicht, dass die eingeschlagene Mittelstandskundenstrategie des Konzerns auch in der PBI unterstützt wird. Dabei bieten wir auch Großkunden weiterhin eine unvermindert hohe Qualität unserer Dienstleistungen an. Somit wird die PBI zusammen mit der PB Firmenkunden AG auch künftig die Firmenkunden des Postbank-Konzerns in allen Bereichen effizient, umfassend und kundenorientiert betreuen.

Internationale Finanzierungen

Der Markt für Unternehmensfinanzierungen hat im Jahr 2011 spürbar an Dynamik gewonnen. Seit Jahresanfang hat alleine das Emissionsvolumen für deutsche Unternehmen im Schuldscheinmarkt geschätzte 7,5 Mrd. € erreicht. Angesichts der volatilen Kreditmärkte nutzten die Unternehmen das weiterhin niedrige Zinsniveau zur Aufnahme von Krediten und Unternehmensanleihen. Angesichts der zunehmenden Regulierungsanforderungen an Banken sorgten sich die Unternehmen zunehmend vor einer bevorstehenden Kreditklemme und bedienten sich insbeson-

dere im 2. Halbjahr 2011 am Kredit- und Kapitalmarkt zur Liquiditätsvorhaltung. In diesem Umfeld stand die PBI im gesamten Jahr 2011 ihren Kunden mit einem breiten Kreditangebot zur Seite, wobei auch Neugeschäftsakquisitionen getätigt wurden. Schwerpunkt der Kreditvergabe waren vor allem deutsche Unternehmen, mit denen die Bank sowohl bilaterale als auch konsortiale Transaktionen abschloss. Daneben tilgten einige Kreditnehmer ihre bestehenden Verpflichtungen vorzeitig, um ihre bestehenden Finanzierungen zu konsolidieren. Das abgeschlossene Neugeschäftsvolumen konnte diese außerplanmäßigen Tilgungen zwar weitestgehend abfangen, am Jahresende zeigte sich aber unterm Strich ein leicht rückläufiges Volumen. Diese Abnahme ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass die PBI vermehrt kleinteiliges Mittelstandskundengeschäft abschloss, um einerseits ihr Kreditportfolio weiter zu diversifizieren, andererseits um die gezielte Konzernstrategie in diesem Segment gezielt zu unterstützen. Das dennoch mehr als zufriedenstellende Ergebnis dieses Bereichs unterstreicht, dass die Bank hier die richtige Balance zwischen risikominimierenden und ertragsbringenden Komponenten gefunden hat.

Privatkundengeschäft

Der Bankplatz Luxemburg konnte sich im internationalen Wettbewerb in der Fondsbranche weiterhin behaupten und seine führende Position ausbauen. Das Privatkundengeschäft hingegen ist weiterhin von zahlreichen Übernahmen sowie der anhaltenden Verschuldungs- und Vertrauenskrise geprägt. Erste Vorboten dieser Entwicklung sind zurückgehende Aktivitäten im Privatkundengeschäft mit entsprechenden Auswirkungen auf das Zins- und Provisionsergebnis. Diesem Trend konnte sich die PBI nicht ganz entziehen und vermochte es somit nicht, an die Vorjahreserfolge anzuknüpfen. Dank des individuellen Beratungsansatzes mit fortlaufender Depotoptimierung konnte die PBI diese Tendenz jedoch weitgehend abfedern und ihren Kundenstamm mit Weitsicht durch die unsicheren Zeiten führen.

Aufgrund der unsicheren Wirtschaftsaussichten und den damit verbundenen stark schwankenden Kapitalmärkten behielt die PBVM – eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der PBI – ihre auf Sicherheit ausgerichtete Produktpolitik auch im Jahr 2011 bei. Für die zumeist defensiv eingestellten Privatkunden der Bank legte sie im Berichtsjahr den Wertsicherungsfonds Postbank Strategie Protekt Plus III auf, der sich insbesondere auf dividendenstarke Aktien bezieht. Insgesamt verwaltete die PBVM 17 Teilfonds, die am Jahresende ein Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. € aufwiesen.

Treasury

Das Bankenjahr 2011 stand aufgrund der volatilen Märkte sowie der durchgeführten Stresstests ganz im Zeichen einer Überprüfung der jeweiligen Geschäfts- und Risikostrategien. Nicht zuletzt deshalb baute die PBI weiterhin identifizierte Risiken konsequent weiter ab. Dabei wurde vor allem das Bankenexposure durch Fälligkeiten und durch gezielte Verkäufe verringert. Im Gegenzug wurden Neugeschäfte im Rahmen einer risikoadjustierten Kreditvergabepolitik im Bereich der Unternehmens- und Staatsfinanzierung abgeschlossen. Diese glichen die Fälligkeiten

nahezu aus. Auf der Passivseite konnte durch den Einsatz von Repo-Geschäften eine weitere Refinanzierungsalternative erschlossen werden, die die PBI gemeinsam mit ihrem erfolgreichen Firmenkundengeschäft auf eine noch solidere Basis stellt. Mit in die Überlegungen einbezogen wurden dabei auch die künftig einzuhaltenden Liquiditätskennziffern.

Organisation, IT- und Projektarbeiten

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Konfiguration des Netzwerkbetriebssystems Windows überarbeitet und den technischen Standards angepasst. Ebenso erfolgte eine Infrastrukturerneuerung der Datenbankserver. Dabei wurden im Zuge dieser Maßnahmen die Datenbanklizenzen konsolidiert. Neben diesen Tätigkeiten wurden die Domaincontroller und der Active Directory Service überarbeitet und verbessert. Nicht zuletzt wurden im Rahmen des Releasemanagements die wesentlichen Applikationen, Betriebs-, Datenbank- und Zahlungsverkehrssysteme auf die jeweils aktuelle Version migriert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Projektarbeit lag im Berichtsjahr in der Einführung von Repos sowie neuer Produktvarianten. Daneben konnten die Tätigkeiten des Kommissionshandels der Postbank AG aus Frankfurt erfolgreich übernommen werden.

Risikomanagement

Die PBI besitzt einerseits ein eigenes Risikomanagement und ist andererseits in die Risikomanagement- sowie Risikocontrollingstrategie des Postbank-Konzerns eingebunden. Primäres Ziel ist es, das Management zeitnah über die aktuelle Risikosituationen zu informieren. Dabei kann eine optimale Risikoallokation durch die definierten Risikolimits vorgenommen werden.

Die Bank ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit diversen Risiken ausgesetzt. Zu diesen zählen Marktpreis-, Liquiditäts-, Kredit- und operationelle Risiken. Zu den Marktpreisrisiken zählen dabei Zins-, Währungs-, Volatilitäts- und Aktienrisiken, zu den Kreditrisiken gehören hingegen Ausfallrisiken und Bonitätsrisiken. Risiken werden im Rahmen festgelegter Höchstbeträge zur Ertragserzielung eingegangen. Um sie zu begrenzen, hat die Bank Limits beschlossen, die arbeitstäglich vom Risikocontrolling überwacht werden.

Das Value-at-Risk-Modell (VaR) bezeichnet eine statistische Methode zur Abschätzung des möglichen Verlustes aus Marktpreisrisiken, die insbesondere den Volatilitätsaspekt berücksichtigt. Die Darstellung des VaR erfolgt über das bei der Deutschen Postbank AG implementierte Risikomanagementsystem ADAPTIVE. Als Grundlage für die Ermittlung der VaR-Kennzahlen wird für das Nicht-Handelsbuch eine Haltedauer von 10 Tagen und für das Handelsbuch eine Haltedauer von einem Tag unterstellt; die Datenhistorie beträgt 250 Tage und das Konfidenzniveau beläuft sich auf 99 %. Der VaR wird seit Anfang Mai 2011 für Handelsbuch und Nicht-Handelsbuch einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation berechnet. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Berechnung für das Nicht-Handelsbuch mittels Delta-Gamma-Ansatz.

Beim VaR-Limit handelt es sich um ein dynamisches Limit – realisierte und nicht realisierte Nettoverluste mindern das vorgegebene Limit. Das genehmigte Limit für das Handelsbuch beläuft sich auf 0,506 Mio. € (Vorjahr: 1,581 Mio. €), das für das Nicht-Handelsbuch auf 65,3 Mio. € (Vorjahr: 50,0 Mio. €). Für das Handelsbuch gibt es zusätzlich Faktor-VaR-Limite für die Risikofaktoren Zinsen, Devisen, Aktien und Spread. Dabei wurde kurzfristigen VaR-Limitüberziehungen oder Limitengpässen durch Limitleihen innerhalb des Postbank-Konzerns begegnet.

Die Überwachung der VaR-Limite liegt im Verantwortungsbereich des Risikocontrollings der Postbank AG. Bei Erreichen der festgelegten Auslastungswarngrenzen greifen die intern definierten Eskalationsprozesse. Damit ist stets eine entsprechende aktive Reaktion des Managements gewährleistet.

Die Bank definiert das Liquiditätsrisiko als Gefahr, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht im erforderlichen Umfang nachkommen zu können. Basis der Liquiditätssteuerung sind die bekannten zukünftigen Zahlungsströme für eine definierte Periode. Unter Anwendung von Prämissen über Wiederanlagen, Kreditziehungen und Refinanzierungsmöglichkeiten im Interbankenmarkt sowie bei der Zentralbank werden erwartete Zahlungsströme ermittelt, aus denen sich ein erwarteter Liquiditätsüberschuss oder -fehlbetrag ergibt. Auf dieser Basis können rechtzeitig geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. In einem „Normalszenario“ kommen Limite zum Einsatz, deren Überwachung täglich erfolgt. Darüber hinaus werden in regelmäßigen Abständen die Auswirkungen unterschiedlicher Stressszenarien, die sowohl idiosynkratische als auch marktspezifische Einflussfaktoren berücksichtigen, simuliert. Dabei werden einzelne Parameter „gestresst“, um Sensitivitäten dieses Kriteriums aufzuzeigen und um bei Bedarf geeignete Maßnahmen einzuleiten. Neben dieser internen Liquiditätssteuerung ist die Bank in die konzernweite Liquiditätssteuerung eingebunden.

Währungs- bzw. Wechselkursrisiken resultieren aus in Fremdwährungen gehaltenen Positionen, die Devisenkursschwankungen ausgesetzt sind. Das Währungsrisiko wird im täglich von der Postbank Zentrale in Bonn bereitgestellten Value-at-Risk-Report zusammen mit dem Zinsänderungs- und Spreadrisiko ausgewiesen. Die Devisenposition nach einer IFRS-nahen Betrachtungsweise der Bank wird täglich durch das Rechnungswesen ermittelt und stellt einen integralen Bestandteil der Gesamtbanksteuerung dar. Sie wird ergänzt durch die barwertige Devisenposition, die durch das Risikocontrolling der Bank ermittelt wird.

Zinsrisiken werden täglich in Form von „Deltavektoren“ durch Simulation einer Zinsverschiebung um einen Basispunkt für verschiedene Laufzeiten gemessen. Zusätzlich werden weitere Stresstests durchgeführt, die verschiedene Zinskurvenveränderungen beinhalten.

Unter dem Volatilitätsrisiko versteht man das Marktrisiko, das sich aus der Wertänderung von Optionsgeschäften durch geänderte Volatilitäten ergibt. Diese Wertveränderung wird täglich für eine Volatilitäts-Verschiebung von einem Prozentpunkt und monatlich für einen Shift von 10 Prozentpunkten gemessen.

Bei den Kreditrisiken wird die Einhaltung der Adresslimite der Bank täglich überwacht. Dabei werden alle Kreditengagements, Kreditzusagen, Avale und Wertpapiere sowie Engagements in Devisen- und Derivategeschäften berücksichtigt. Das Management der Adressausfallrisiken erfolgt zentralisiert unter Berücksichtigung einzelfall- sowie portfoliobezogener Aspekte. Erkennbaren Risiken aus dem Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Risikobewertung des Kreditportfolios erfolgt im Konzern nach Branchen, Ländern, Ratingsegmenten und Größenklassen. Die Anrechnung von Handelsgeschäften auf die kreditnehmerbezogenen Limite für Kredit-, Kontrahenten- und Länderrisiken und deren Überwachung erfolgen unmittelbar. Von der Bank werden zusätzlich Bonitätsrisikoparameter definiert, die auf Gesamtbankportfolioebene innerhalb bestimmter Grenzen einzuhalten sind. Durch die Etablierung eines umfassenden Bonitätssteuerungsansatzes werden sowohl Einzelgeschäftsfälle als auch Portfolioaspekte im Neu- und Bestandsgeschäft zentral betrachtet und gesteuert. Durch die enge Abstimmung und Koordination aller Beteiligten wird eine zügige Bearbeitung im Interesse der Kunden und der Bank ermöglicht. Hierdurch erfolgt eine umfassende Berücksichtigung eines zentralen und integrierten Bonitätsrisikomanagements. In diesem Rahmen führt die Bank einerseits Stresstests für Bonitäts spreads durch, die durch sie definiert werden. Andererseits wird im Rahmen des IRB-Kreditrisikostresstests analysiert, wie sich eine Ratingverschlechterung auf die Eigenkapitalunterlegung auswirkt.

Unter operationellem Risiko versteht man die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten können. Risiken dieser Art werden durch Schadensfallberichte, monatliche Risikoindikatorenerhebungen sowie halbjährliche Assessments überwacht und dokumentiert. Dabei steht jeder Abteilung ein „OpRisk-Manager“ zur Verfügung, der von seinen Mitarbeitern informiert wird, wenn diese Kenntnis über einen Schaden erlangen. Schadensfälle werden den Geschäftsfeldern im Postbank Konzern zugeordnet und in einer Schadensfalldatenbank erfasst. In dieser erfolgen eine detaillierte Beschreibung des eingetretenen Schadens und eine Dokumentation der Schadenshöhe. Daneben werden Maßnahmen vorgeschlagen, um weiteren Schadensfällen präventiv zu begegnen. Zusätzlich werden regelmäßig Maßnahmen zur kontinuierlichen Verbesserung des Managements operationeller Risiken von den OpRisk-Managern erarbeitet und umgesetzt. Die Höhe des operationellen Risikos wird vom Zentralen OpRisk-Controlling der Postbank AG in Form eines statischen Modells („Op-VaR“) berechnet.

Die Messung aller vorgestellten sowie weiterer Risiken wie Fondsrisiken, Fristentransformationsrisiken und Länderrisiken erfolgt im Rahmen des ICAAP, einer aufsichtsrechtlichen Vorschrift. Auf diese Weise vollzieht sich eine Risikoallokation auf Gesamtbankebene, in der alle identifizierten Risiken berücksichtigt werden.

Finanzderivate setzt die Bank zu unterschiedlichen Zwecken ein. Einerseits werden zur Absicherung von Zinsrisiken festverzinslicher Aktiva Zinsswap-Geschäfte abgeschlossen. Andererseits werden im Rahmen des Firmenkundengeschäftes Zins- oder Währungsderivate abgeschlossen, die genau auf die Kundenbedürfnisse zugeschnitten sind. Die für die Bank daraus resultierenden Positionen werden teilweise durch Mikrohedges geschlossen und zum Teil auf Portfolioebene gesteuert. Lediglich in sehr geringem Umfang werden Finanzderivate zur Steuerung der Gesamtbankposition und zu Handelszwecken eingesetzt.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde eine Risikomanagementfunktion in der PBI implementiert. Deren Aufgabe liegt vor allem in der Messung, Weiterverfolgung, Kontrolle und Meldung der Risiken, welchen das Institut ausgesetzt ist. Die Mitglieder treffen sich in regelmäßigen Abständen oder im Bedarfsfall auch ad hoc, um zu analysieren, ob die Bank neuen Risiken ausgesetzt ist, denen daraufhin angemessen begegnet werden muss. Eine weitere zentrale Aufgabe besteht in der regelmäßigen Bewertung des ICAAP der Bank sowie der Überprüfung der Risikokontrollsysteme. Ebenso wird analysiert, ob neue aufsichtsrechtliche Anforderungen im Rahmen des Risikomanagements sowie Risikocontrollings vorliegen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde von der CSSF das Rundschreiben 11/506 „Grundsätze eines soliden Stresstestprogramms“ veröffentlicht. Durch dieses werden Banken aufgefordert, ein Stresstestprogramm zu implementieren, das sich an Größe und Komplexität der Bank orientieren soll. Die in diesem Rahmen ausgeführten Stresstests werden i.d.R. durch Sensitivitätsanalysen und Szenarioanalysen für die eingangs erwähnten Risikoklassen durchgeführt. Dieses Stresstestprogramm ist Teil des ICAAP der Bank und somit integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung.

Die Bank ist gemäß einer Genehmigung der CSSF im Rahmen der Berechnung der Grobriisikogrenzen nach Teil XVI Ziffer 24 des geänderten Rundschreibens CSSF 06/273 von der Berücksichtigung der Risiken gegenüber Konzerneinheiten der Deutschen Postbank AG befreit.

Finanz-, Vermögens- und Ertragslage

Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Bilanzsumme der PBI auf 16,1 Mrd. € und hat damit gegenüber dem Vorjahr (15,2 Mrd. €) zugenommen. Dabei handelt es sich allerdings nur um eine temporäre Zunahme über den Bilanzstichtag. Somit ist die geschäftsgetriebene Bilanzsumme der PBI nahezu unverändert geblieben. Ungeachtet dessen unterzog sich die Aktivseite weiterhin dem bereits in den Vorjahren begonnenen Wandlungsprozess von Banken hin zu Unternehmen, der oben beschrieben wurde. Damit ist die PBI ihrem Trend treu geblieben, vermehrt aktiv gestaltetes Kundengeschäft zu betreiben. Sie verfügt über ein gezeichnetes Kapital von 600 Mio. € und zählt mit ihrer Bilanzsumme zu den großen Banken in Luxemburg. Der aufsichtsrechtlich ermittelte Eigenmittelkoeffizient liegt zum Ende des Berichtsjahres bei 13,55 % (vgl. Anhang) und entspricht annähernd der Kernkapitalquote (Tier-1-Quote).

Im Berichtszeitraum zeichnete sich die Finanzlage der Bank durch eine stabile Refinanzierungssituation aus. So konnten die Firmenkundeneinlagen auf Jahressicht auf hohem Niveau gehalten werden. Daneben wurde mit Einlagen aus Repogeschäften eine weitere Refinanzierungsmöglichkeit erfolgreich geschaffen, die das Refinanzierungspotenzial der Bank erweitert. Abgerundet durch ein hohes Tendervolumen bei der Luxemburgischen Zentralbank konnte die PBI im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eine gute Liquiditätssituation aufweisen, die sich unter anderem in einem Liquiditätskoeffizienten von konstant über 30 % widerspiegelt.

Im Berichtsjahr 2011 wurde ein Zins- und Provisionsüberschuss in Höhe von 130,0 Mio. € (Vorjahr: 145,6 Mio. €) erzielt, wovon 112,8 Mio. € auf das stabile Zinsergebnis der Bank entfallen. Wesentliche Komponenten dieses Überschusses sind zum einen vereinnahmte Margen des Kreditgeschäftes sowie zum anderen genutzte Opportunitäten im Geldmarkt. Der Provisionsüberschuss beläuft sich auf rund 17,2 Mio. € und konnte damit das von Sonderfaktoren geprägte Vorjahreshoch nicht erreichen. Das Handels- und Finanzergebnis liegt hingegen mit 37,8 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (Vorjahr: -30,4 Mio. €). Eine wesentliche Ursache dieses erfreulichen Ergebnisbeitrags ist in der Auflösung von vorhandenen Drohverlustrückstellungen zu finden, die dem Geschäft mit Derivaten für Firmenkunden zuzuordnen sind. Dieser positive Einmaleffekt aus der imparitätischen Bewertung auf Portfolioebene bewirkte in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Ertrag von rund 38,4 Mio. €. Einen weiteren wesentlichen Beitrag zum Handels- und Finanzergebnis haben auch Wertaufholungen von Wertpapieren des Liquiditätsbestandes in Höhe von rund 10,0 Mio. € geleistet, die darüber hinaus den aktiv betriebenen Risikoabbau der Bank beschleunigt haben. Dazu beigetragen haben auch realisierte Verkaufsverluste in Höhe von rund 8,0 Mio. €. Daneben konnte die Bilanz der PBI durch den Verkauf von in Kritik geratenen Euroländern weiter bereinigt werden. So wurde – auch im Rahmen der konzernweiten De-Riskingstrategie – das Exposure der sogenannten PIIGS-Staaten reduziert (siehe dazu auch Anhang). Die daraus resultierenden Nettoabschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen gelten, wurden über die GuV abgebildet und stellen einen Verlust in Höhe von rund -67,3 Mio. € dar (Vorjahr: -12,6 Mio. €). Nettoerträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken fielen im Berichtszeitraum in einem geringfügigen Umfang von rund 0,1 Mio. € an (Vorjahr: 7,3 Mio. €) und verdeutlichen, dass die PBI hier eine Balance zwischen vorbeugenden und auflösenden Maßnahmen gefunden hat.

Der Verwaltungsaufwand, der sich im Wesentlichen aus Personal- und Sachkosten zusammensetzt, belief sich auf 28,8 Mio. € (Vorjahr: 28,6 Mio. €) und konnte damit nahezu konstant gehalten werden. Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 0,8 Mio. € (Vorjahr: 11,4 Mio. €). Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr ein Vorsteuergewinn in Höhe von 81,3 Mio. € (Vorjahr: 100,9 Mio. €).

Genehmigung des Jahresabschlusses

Der Generalversammlung wird der Jahresabschluss am 15. März 2012 zur Genehmigung vorgelegt. Der Verwaltungsrat schlägt vor, das Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 69.379.344,32 € und den Ergebnisvortrag in Höhe von 15.201,70 € wie folgt zu verwenden:

| | |
|-----------------------------------|-----------------|
| Dotierung der „Anderen Rücklagen“ | 9.440.000,00 € |
| Ausschüttung einer Dividende | 59.954.546,02 € |

Die Dotierung der Anderen Rücklagen in Höhe von 9.440.000,00 € unterliegt einer fünfjährigen Zweckbindung in Anwendung des § 8a Vermögensteuergesetzes.

Konsolidierung

Der Jahresabschluss der Bank wird in den Teilkonzernabschluss der Deutschen Postbank AG, Bonn, und in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG, Frankfurt/Main, einbezogen.

Unsere Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Bank 175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon befanden sich zum Bilanzstichtag 27 in einem Teilzeitarbeitsverhältnis.

Die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung des Personals besitzt in der PBI einen hohen Stellenwert, ebenso wie die Möglichkeiten zu internen Stellenwechseln, welche 2011 von den Mitarbeitern intensiv genutzt wurden. Wie auch in den vorherigen Jahren gelang es so, interessante Berufsperspektiven für qualifizierte Mitarbeiter und Nachwuchskräfte zu bieten.

Der Verwaltungsrat bedankt sich bei den Mitarbeitern für ihre tatkräftige Unterstützung und ihr großes Engagement. Sie haben damit einen wichtigen Beitrag zu dem guten Ergebnis im Geschäftsjahr 2011 geleistet.

Ausblick

Die enge symbiotische Beziehung zwischen Banken und Staaten wurde zusehends in den letzten Jahren zum Problem. Weil die Banken zu groß und bedeutend für den Wirtschaftskreislauf seien, als dass man sie einfach fallen lassen könnte, wurden notleidende Kreditinstitute seit der Pleite von Lehman Brothers zunächst mit milliardenschweren Maßnahmen der Staaten gestützt. Ausgelöst durch diese Bankenkrise entwickelte sich im Zeitablauf ein „Teufelskreislauf“, an dessen Ende die Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten in Frage gestellt wurde. Dadurch ist den Banken sowohl eine wichtige Anlagemöglichkeit erschwert worden, als auch teilweise eine Refinanzierungsquelle, da die immer größer werdenden „Rettungsschirme“ ihrerseits bereits erste Bonitätsherabstufungen erfuhr. An einer Lösung dieser fatalen Wechselwirkung wird mit Hochdruck gearbeitet, gleichwohl sind weder Weg noch Ausgang abschätzbar.

Damit dieser negative Kreislauf durchbrochen werden kann, müssen jetzt vor allem vertrauensbildende Maßnahmen getroffen werden. Denn gerade das letzte Jahr hat gezeigt, dass Fundamentaldaten einen immer geringeren Stellenwert bei zu treffenden Entscheidungen aufweisen.

Ungeachtet dessen ist klar geworden, dass es keine Wirtschaftspolitik mehr gibt, ohne internationale Wirkungen auszulösen. Denn gerade in einer Zeit, in der der Verflechtungsgrad der einzelnen Volkswirtschaften ständig zunimmt, kommt es gerade darauf an, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Alles in allem wird man in den nächsten Jahren viel daran setzen müssen, die

Fiskaldisziplin über klügere Regeln zu stärken. Damit stehen die politischen Akteure auch künftig vor der Herausforderung einen Mittelweg zu finden, der Konsolidierungen und Wachstumsimpulse beinhaltet.

In diesem Kontext befindet sich Deutschland in einer vergleichsweise guten Lage. Bedingt durch die gute Beschäftigungs- und Einkommenssituation gehen wir davon aus, dass die Bürger auch 2012 mit ihrem Privatkonsum das Wachstum anschieben werden – wenn auch auf einem niedrigeren Niveau.

Die PBI hat sich zum Ziel gesetzt diesen positiven Trend zu nutzen, indem sie ihr kundenorientiertes Geschäftsmodell konsequent weiterentwickelt. Die ersten operativen Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres zeigen, dass die Bank hier auf dem richtigen Weg ist. Gleichwohl befindet sich die PBI im Rahmen des Integrationsprozesses in den Deutsche Bank-Konzern in einer Findungsphase, die die genaue zukünftige Ausrichtung noch zeigen wird.

Das erfreulich gut laufende Geschäft mit Firmenkunden soll auch künftig eine herausragende Stellung innerhalb der Bank einnehmen. Ein besonderer Fokus wird zudem auf der Mittelstandskundenstrategie liegen, die in Zusammenarbeit mit der PB Firmenkunden AG bereits Früchte trägt und weiter ausgebaut werden soll. Doch auch Großkunden sollen weiterhin in den Betreuungsansatz der PBI integriert werden.

Das Privatkundengeschäft steht dagegen vor einer Umstrukturierung. Dabei findet im Rahmen des gewachsenen Konzerns derzeit eine intensive Prüfung statt, innerhalb derer sich herausstellen wird, welchen künftigen Stellenwert dieses Geschäft bei der PBI aufweisen wird. Wir gehen davon aus, dass sich dies im laufenden Jahr konkretisieren wird. Unabhängig davon wird die PBI bis dahin eine unverändert hohe Beratungs- und Produktqualität anbieten, um von Privatkunden als verlässlicher Partner wahrgenommen zu werden.

Abzuwarten bleiben selbstverständlich weitere Einflüsse aus dem bevorstehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen Postbank und Deutscher Bank. Die Auswirkungen auf die PBI sind aus heutiger Sicht noch nicht absehbar, gleichwohl sind wir der Meinung, für eine gemeinsame Zukunft gut aufgestellt zu sein.

Es bleibt zu wünschen, dass sich zukunftsweisende Lösungsansätze für die Schulden- und Vertrauenskrise werden finden lassen, damit das Vertrauen der Marktteilnehmer wieder zurückkehren kann.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Luxemburg, den 15. Februar 2012

Horst Küpker

Dr. Michael Meyer

Christoph Schmitz

Bericht des Abschlussprüfers

Bericht zum Jahresabschluss

Entsprechend dem uns vom Verwaltungsrat erteilten Auftrag haben wir den beigefügten Jahresabschluss der Deutsche Postbank International S.A. geprüft, der aus der Bilanz zum 31. Dezember 2011, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr besteht.

Verantwortung des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Aufstellung und sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung des Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist, unabhängig davon, ob diese aus Unrichtigkeiten oder Verstößen resultieren.

Verantwortung des „Réviseur d'entreprises agréé“

In unserer Verantwortung liegt es, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung über diesen Jahresabschluss ein Prüfungsurteil zu erteilen. Wir führten unsere Abschlussprüfung nach den für Luxemburg von der „Commission de Surveillance du Secteur Financier“ angenommenen internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing) durch. Diese Standards verlangen, dass wir die beruflichen Verhaltensanforderungen einhalten und die Prüfung dahingehend planen und durchführen, dass mit hinreichender Sicherheit erkannt werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist.

Eine Abschlussprüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zum Erhalt von Prüfungsnachweisen für die im Jahresabschluss enthaltenen Wertansätze und Informationen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen obliegt der Beurteilung des „Réviseur d'entreprises agréé“ ebenso wie die Bewertung des Risikos, dass der Jahresabschluss wesentliche unzutreffende Angaben aufgrund von Unrichtigkeiten oder Verstößen enthält. Im Rahmen dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der „Réviseur d'entreprises agréé“ das für die Aufstellung und die sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses eingerichtete interne Kontrollsystem, um die unter diesen Umständen angemessenen Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch, um eine Beurteilung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden und der Vertretbarkeit der vom Verwaltungsrat ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen betreffend die Aufstellung des Jahresabschlusses ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Deutsche Postbank International S.A. zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr.

Bericht über weitere gesetzliche und aufsichtsrechtliche Verpflichtungen

Der Lagebericht, welcher in der Verantwortung des Verwaltungsrats liegt, steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Luxemburg, 16. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers S.à r.l.
Vertreten durch

Holger von Keutz

Finanzbericht

Bilanz zum 31. Dezember 2011

| Aktiva | 31.12.2011 € | 31.12.2010 T€ |
|-------------------------------------------------------------------------|-----------------------|-------------------|
| 1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postscheckkämtern | 1.303.369.090 | 78.096 |
| 2. Forderungen an Kreditinstitute | 1.561.457.637 | 1.950.023 |
| a) täglich fällig | 496.421.575 | 300.401 |
| b) andere Forderungen | 1.065.036.062 | 1.649.622 |
| 3. Forderungen an Kunden | 6.534.221.073 | 6.355.284 |
| 4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 6.302.141.568 | 6.500.988 |
| a) öffentlicher Emittenten | 402.207.567 | 57.638 |
| b) anderer Emittenten | 5.899.934.001 | 6.443.350 |
| 5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 29.606.024 | 28.705 |
| 6. Anteile an verbundenen Unternehmen | 15.493.067 | 15.493 |
| 7. Immaterielle Anlagewerte | 977.583 | 1.395 |
| 8. Sachanlagen | 986.371 | 786 |
| 9. Sonstige Vermögensgegenstände | 20.548.129 | 15.145 |
| 10. Rechnungsabgrenzungsposten | 291.901.327 | 244.674 |
| Summe Aktiva | 16.060.701.869 | 15.190.589 |

| Passiva | 31.12.2011 € | 31.12.2010 T€ |
|---------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|-------------------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.997.239.602 | 7.332.282 |
| a) täglich fällig | 3.184.138.609 | 1.154.995 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 6.813.100.993 | 6.177.287 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 4.877.024.512 | 6.781.286 |
| a) Andere Verbindlichkeiten | | |
| aa) täglich fällig | 1.011.140.547 | 1.459.370 |
| ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 3.865.883.965 | 5.321.916 |
| 3. Sonstige Verbindlichkeiten | 30.562.932 | 22.594 |
| 4. Rechnungsabgrenzungsposten | 176.677.652 | 133.554 |
| 5. Rückstellungen | 77.382.625 | 88.438 |
| a) Steuerrückstellungen | 21.550.217 | 9.602 |
| b) andere | 55.832.408 | 78.836 |
| 6. Gezeichnetes Kapital | 600.000.000 | 600.000 |
| 7. Rücklagen | 232.420.000 | 141.170 |
| a) Gesetzliche Rücklage | 60.000.000 | 60.000 |
| b) Andere Rücklagen | 172.420.000 | 81.170 |
| 8. Ergebnisvortrag | 15.202 | 2 |
| 9. Ergebnis des Geschäftsjahres | 69.379.344 | 91.263 |
| Summe Passiva | 16.060.701.869 | 15.190.589 |
| 1. Eventualverbindlichkeiten, davon | 243.552.777 | 254.433 |
| a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten | 243.408.279 | 254.130 |
| 2. Kreditzusagen | 1.352.669.995 | 1.695.999 |

Gewinn- und Verlustrechnung
für den Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

| Aufwendungen | 2011 € | 2010 T€ |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|----------------|
| 1. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen | 541.909.899 | 421.298 |
| 2. Provisionsaufwendungen | 3.233.748 | 4.172 |
| 3. Ergebnis aus Finanzgeschäften | – | 30.353 |
| 4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | 27.375.588 | 27.273 |
| a) Personalaufwand | 18.643.690 | 18.500 |
| darunter: | | |
| Löhne und Gehälter | 15.323.687 | 15.048 |
| Soziale Aufwendungen | 2.829.408 | 2.992 |
| davon: | | |
| Aufwendungen für Altersversorgung | 2.164.354 | 2.462 |
| b) Andere Verwaltungsaufwendungen | 8.731.898 | 8.773 |
| 5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | 1.450.438 | 1.373 |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 987.207 | 370 |
| 7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen gelten, auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen | 67.328.380 | 12.552 |
| 8. Steuern auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 11.947.924 | 9.602 |
| 9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Steuern | 69.379.344 | 91.264 |
| 10. Sonstige Steuern, soweit sie nicht unter obigen Posten enthalten sind | – | – |
| 11. Gewinn des Geschäftsjahres | 69.379.344 | 91.264 |
| Summe der Aufwendungen | 723.612.528 | 598.257 |

| Erträge | 2011 € | 2010 T€ |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|----------------|
| 1. Zinserträge und ähnliche Erträge | 654.758.323 | 542.561 |
| darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren | 190.888.307 | 153.426 |
| 2. Erträge aus Wertpapieren | 8.795.570 | 8.013 |
| a) Erträge aus Aktien, Anteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 5.570 | 1 |
| b) Erträge aus Beteiligungen | – | 12 |
| c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen | 8.790.000 | 8.000 |
| 3. Provisionserträge | 20.416.712 | 28.529 |
| 4. Ergebnis aus Finanzgeschäften | 37.770.987 | – |
| 5. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken | 103.399 | 7.341 |
| 6. Sonstige betriebliche Erträge | 1.767.537 | 11.813 |
| Summe der Erträge | 723.612.528 | 598.257 |

Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

Erläuterung

1. Allgemeines

Die Deutsche Postbank International S.A. in Luxemburg (im nachstehenden kurz "Bank" genannt) ist eine 100%ige Tochter der Deutschen Postbank AG, Bonn. Sie wurde am 30. April 1993 als Aktiengesellschaft luxemburgischen Rechts gegründet. Die Gesellschaft ist in das Handelsregister beim Bezirksgericht Luxemburg unter der Registernummer B 43.851 eingetragen.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Bank- und Finanzgeschäften für eigene und fremde Rechnung im Großherzogtum Luxemburg und im Ausland sowie aller Operationen, die damit direkt oder indirekt zusammenhängen im Rahmen der für die Hauptgesellschafterin in der Bundesrepublik Deutschland geltenden rechtlichen Bestimmungen.

Der Gesellschaftssitz der Bank befindet sich in:

Parc d'Activité Syrdall 2
18-20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach

Der Jahresabschluss der Bank wird in den Teilkonzernabschluss der Deutschen Postbank AG, Bonn, und den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG, Frankfurt/Main, einbezogen.

Der Konzernabschluss ist am Sitz der Obergesellschaft erhältlich.

Das vollständig gezeichnete und zu einhundert Prozent eingezahlte Gesellschaftskapital beträgt 600.000.000 € eingeteilt in 1.071.500 Aktien ohne Nennwert.

Die Geschäftspolitik der Bank erfolgt in Abstimmung mit dem Postbank Teilkonzern.

Der Jahresabschluss der Bank wird in der Bilanzwährung Euro (€) erstellt. Das Geschäftsjahr ist identisch mit dem Kalenderjahr.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bank erstellt ihren Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den im Großherzogtum Luxemburg gültigen Gesetzen und Richtlinien und auf der Grundlage der im Bankensektor allgemein anerkannten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Der vorliegende Jahresabschluss wird entsprechend dem Gesetz vom 17. Juni 1992 über den Jahresabschluss und

den Konzernabschluss von Kreditinstituten Luxemburger Rechts aufgestellt. Grundlagen hierzu sind insbesondere:

- das Konzept der Fortführung des Geschäftsbetriebes,
- die periodengerechte Ertrags- und Aufwandsabgrenzung,
- das Vorsichtsprinzip,
- das Saldierungsverbot,
- formelle und materielle Bilanzkontinuität.

Unter Beachtung dieser Grundsätze kommen die unter 2.1 bis 2.9 genannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Anwendung.

2.1 Fremdwährungen

Aufwendungen und Erträge in Fremdwährungen werden täglich mit den jeweiligen Referenzkursen der Europäischen Zentralbank in Euro umgerechnet.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte in Fremdwährungen, die weder auf dem Kassamarkt noch auf dem Terminmarkt abgesichert sind, werden zu den Devisenkursen zum Zeitpunkt der Anschaffung in Euro umgerechnet.

Alle anderen Aktiva und Passiva werden mit den Referenzkursen der Europäischen Zentralbank des Bilanzstichtages in Euro umgerechnet. Bewertungsgewinne oder -verluste werden ergebniswirksam erfasst.

Sofern für Terminforderungen und -verbindlichkeiten in Fremdwährung eine Kurssicherung besteht, werden Bewertungsdifferenzen, die sich aus der Umrechnung zum Wechselkurs des Bilanzstichtages ergeben, durch einen Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz neutralisiert, so dass sie keinen Einfluss auf die Gewinn- und Verlustrechnung haben. Die Differenzen zwischen Kassamarkt- und Terminkurs (Report bzw. Deport) werden linear abgegrenzt und pro rata temporis ergebniswirksam erfasst.

2.2 Derivative Finanzinstrumente

■ Devisenswaps

Aufschläge bzw. Abschläge auf Devisenswaps werden zeitanteilig über die Rechnungsabgrenzungsposten verteilt und über die entsprechenden Zinspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

Die Bewertungsdifferenzen, die sich aus der Umrechnung zum Wechselkurs des Bilanzstichtages ergeben, werden durch einen Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz neutralisiert, so dass sie keinen Einfluss auf die Gewinn- und Verlustrechnung haben.

■ Zinsoutright-Geschäfte

Zinsoutright-Geschäfte dienen zur Absicherung von zukünftig anfallenden Zinsen. Die Posten,

die durch Termingeschäfte zur Absicherung zukünftiger Zinsen entstanden sind, sind bezüglich der Währungskursschwankungen als neutral anzusehen. Die Differenz aus der Bewertung dieser Posten neutralisiert die Bewertungsdifferenz im umgekehrten Sinn aus den zukünftigen Kassazinsposten aber nur bis zu deren Höhe. Ein Überschuss aus der Bewertung bleibt unberücksichtigt.

■ Outright-Geschäfte

Die Outright-Geschäfte werden in der Regel mit Gegengeschäften abgesichert. Dabei werden Bewertungsverluste mit Bewertungsgewinnen in derselben Währung unter der Bedingung kompensiert, dass die Gewinne vor den Verlusten anfallen. Diese Bewertungsgewinne können nur bis zu dem Betrag der anfallenden Bewertungsverluste verrechnet werden; darüber hinausgehende Bewertungsgewinne bleiben unberücksichtigt.

■ Cross Currency Interest Rate Swaps (CCIRS)

Aufschläge bzw. Abschläge auf CCIRS werden zeitanteilig über die Rechnungsabgrenzungsposten verteilt und über die entsprechenden Zinspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

Die Behandlung der Zinsen aus diesen Sicherungsgeschäften erfolgt zeitanteilig über Rechnungsabgrenzungsposten. Die Erträge bzw. Aufwendungen werden über die entsprechenden Zinspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Die Bewertungsdifferenzen, die sich aus der Umrechnung zum Wechselkurs des Bilanzstichtages ergeben, werden durch einen Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz neutralisiert, so dass sie keinen Einfluss auf die Gewinn- und Verlustrechnung haben.

■ Interest Rate Swaps (IRS)

Die Behandlung der Zinsen aus den IRS erfolgt zeitanteilig über die Rechnungsabgrenzungsposten. Die Erträge bzw. Aufwendungen werden über die entsprechenden Zinspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Für IRS, die nicht zur Absicherung von Zinssatzrisiken dienen, erfolgt die Bewertung zu Marktpreisen.

IRS, die zur Absicherung von Zinssatzrisiken aus Wertpapieren des Liquiditätsbestandes oder zur Absicherung von Zinssatzrisiken aus anderen IRS dienen, werden mit dem abgesicherten Grundgeschäft zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Bei diesen wird der negative Überhang zurückgestellt, positive Überhänge bleiben unberücksichtigt.

IRS, die zur Absicherung von Zinssatzrisiken im Finanzanlagebestand oder zur Absicherung von Forderungen dienen, werden nicht bewertet.

■ Forward Rate Agreements (FRA)

Bei einer eindeutigen Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft (Mikro-Hedge) wird die Ausgleichszahlung zinsgleich über die Laufzeit abgegrenzt. Für Handelspositionen wird die Ausgleichszahlung sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Die Handelspositionen werden zu Marktpreisen bewertet, dabei werden Bewertungsverluste gemäß Imparitätsprinzip berücksichtigt. Die Positionen, die zur Absicherung von Zinssatzrisiken dienen, werden nicht bewertet.

■ Devisenoptionen

Die für Devisenoptionen gezahlten Prämien werden als Sonstige Vermögensgegenstände aktiviert, die erhaltenen Prämien werden als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei Fälligkeit oder Glattstellung werden die gezahlten bzw. erhaltenen Optionsprämien ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Alle Devisenoptionen werden als Handelspositionen betrachtet und zu Marktpreisen bewertet. Bewertungsverluste werden gemäß dem Imparitätsprinzip in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

■ Caps, Floors und Collars

Die für Caps, Floors und Collars gezahlten bzw. erhaltenen Prämien werden als Sonstige Vermögensgegenstände bzw. Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Diese werden zum Zeitpunkt der Fälligkeit oder Glattstellung ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Wird die Prämie nicht in einem Betrag bei Vertragsabschluss sondern über die Laufzeit verteilt gezahlt, wird gleichzeitig eine Forderung bzw. Verbindlichkeit eingebucht. Die hieraus anfallenden Zinsen werden zeitanteilig in den Rechnungsabgrenzungsposten einbezogen. Die Erträge bzw. Aufwendungen werden über die entsprechenden Zinspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Ausgleichszahlungen werden ab dem Fixing bis zur Zahlung zeitanteilig in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Caps, Floors und Collars werden zu Marktpreisen bewertet. Bewertungsverluste werden gemäß dem Imparitätsprinzip in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

■ Zins- und Indexfutures

Zins- und Indexfutures werden als Handelspositionen betrachtet und zu Marktpreisen bewertet. Bewertungsverluste werden gemäß dem Imparitätsprinzip in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

■ Optionen auf Zinsfutures

Die Bank handelt sowohl Long- als auch Short-Positionen in Optionen auf Zinsfutures. Die Optionsprämien werden im Futures-Style-Verfahren abgerechnet und daher erst bei Fälligkeit oder Glattstellung gezahlt. Entsprechend wird die gezahlte bzw. erhaltene Optionsprämie unter Sonstige Vermögensgegenstände aktiviert und gleichzeitig eine Verbindlichkeit eingebucht bzw. unter Sonstige Verbindlichkeiten passiviert und gleichzeitig eine Forderung eingebucht. Bei Fälligkeit oder Glattstellung wird die Optionsprämie ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Optionen auf Zinsfutures werden als Handelspositionen betrachtet und zu Marktpreisen bewertet. Bewertungsverluste werden gemäß dem Imparitätsprinzip in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

■ Optionen auf Aktienindizes

Die Bank geht sowohl Long- als auch Short-Positionen in Optionen auf Aktienindizes ein. Die gezahlten bzw. erhaltenen Optionsprämien werden als Sonstige Vermögensgegenstände aktiviert bzw. als Sonstige Verbindlichkeiten passiviert. Bei Fälligkeit oder Glattstellung wird die Optionsprämie ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Optionen auf Aktienindizes werden als Handelspositionen betrachtet und zu Marktpreisen bewertet. Bewertungsverluste werden gemäß dem Imparitätsprinzip in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

■ Credit Default Swaps

Die Bank schließt Credit Default Swaps sowohl als Sicherungsnehmer als auch als Sicherungsgeber ab. Analog zu Garantien werden Credit Default Swaps im Anlagebuch zum Einstandswert bewertet. Schwebende Verluste aus wirtschaftlich weitgehend oder vollständig geschlossenen Positionen sowie aus Sicherungsnehmerpositionen werden imparitatisch in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

■ Swaptions

Die für Swaptions gezahlten bzw. erhaltenen Prämien werden als Sonstige Vermögensgegenstände bzw. Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Diese werden zum Zeitpunkt der Fälligkeit oder Glattstellung ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Swaptions werden nicht als Sicherungsgeschäfte betrachtet und daher zu Marktpreisen bewertet. Bewertungsverluste werden gemäß dem Imparitätsprinzip in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

■ Portfoliobewertung für Zinsderivate

Die im Geschäftsfeld „Zins- und Währungsmanagement für Firmenkunden“ abgeschlossenen Zinsderivate (im Wesentlichen Zinsswaps und Zinsoptionen) werden seit Bestehen dieses Geschäftsfeldes von der Bank als Portfolio gesteuert, da die Geschäfte aufgrund ihrer individuell auf den Kunden zugeschnittenen Ausgestaltung wirtschaftlich nicht eins zu eins am Interbankenmarkt geschlossen werden können. Das Zinsänderungsrisiko, das aus dem Portfolio resultieren darf, ist durch eine Absolutgrenze für den Basis-Point-Value des Portfolios limitiert, so dass eine hinreichende Sicherungswirkung in diesem kontinuierlich sichergestellt ist.

Im Berichtsjahr hat die Bank für dieses Portfolio auch handelsrechtlich eine Portfoliobewertung eingeführt, mit der dieser Sicherungswirkung auch im Jahresabschluss Rechnung getragen wird. Das entsprechende Portfolio wird anhand von Zuordnungen in den Systemen der Bank trennscharf abgegrenzt. Das Bewertungsergebnis aus dem als Bewertungseinheit betrachteten Portfolio wird hierbei insgesamt imparitatisch in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Ein drohender Verlust aus dem gesamten Portfolio wird in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt, während ein nicht realisierter Gewinn unberücksichtigt bleibt.

Zum Bilanzstichtag wurden schwebende Geschäfte mit einem Nominalvolumen von 12,2 Mrd. € in die Portfoliobewertung einbezogen. Hierbei wurden Derivate mit positiven Marktwerten i.H.v. insgesamt 319,7 Mio. € und Derivate mit negativem Marktwert i.H.v. insgesamt -291,3 Mio. € als Einheit bewertet.

Durch die Einführung der Portfoliobewertung fiel im Berichtsjahr die Nettozuführung zu den Drohverlustrückstellungen für Zinsderivate um 49,371 Mio. € niedriger aus als sie bei Weiterführung der bisherigen Bewertungslogik gewesen wäre.

2.3 Wertberichtigungen nach Art. 62

Die bestehenden Wertberichtigungen nach Art. 62 des Gesetzes über die Rechnungslegung der Kreditinstitute wurden im Berichtsjahr beibehalten.

2.4 Forderungen

Forderungen werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert. Die aufgelaufenen, noch nicht fälligen Zinsen sind in der Position „Rechnungsabgrenzungsposten“ erfasst. Schuldscheindarlehen werden unter den Forderungen ausgewiesen. Wertberichtigungen werden von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt.

Agien und Disagien der im Bestand befindlichen Darlehen werden linear über die Laufzeit verteilt und in den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

2.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Entsprechend den Art. 56 und 58 des Gesetzes vom 17. Juni 1992 über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten Luxemburger Rechts werden die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere dem Anlage-, Handels- bzw. Liquiditätsbestand zugeordnet.

Die Bilanzierung erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten, die aufgrund des gewogenen Durchschnittspreises ermittelt werden. Die Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die aufgrund des Niederstwertprinzips erforderlich sind, werden direkt von den Aktivwerten abgesetzt. Das Wahlrecht zur Beibehaltung früherer Wertberichtigungen wird angewendet.

Die Bewertung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erfolgt grundsätzlich anhand notierter Kurse. Ist ein notierter Kurs nicht oder nicht zuverlässig ermittelbar, erfolgt die Wertermittlung auf Basis von Bewertungsmodellen, die mit am Markt beobachtbaren Daten (Zinskurven, Ratings, Credit Spreads etc.) als Inputparameter arbeiten.

Bei Asset Backed Securities, Collateralized Debt Obligations und Collateralized Loan Obligations kommt ein im Postbank-Teilkonzern einheitlich verwendetes Bewertungsmodell zum Einsatz, das die am Markt gehandelten Bonitätsspreads der jeweiligen Investitionsklasse berücksichtigt.

Nach Wertpapierkategorien unterteilt, ergeben sich folgende Bewertungsmethoden im Einzelnen:

■ Anlagebestand

In den Anlagebestand werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere eingestellt, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Alle Wertpapiere, die zur Zeit dieser Kategorie zugeordnet sind, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Gemäß dem Gesetz vom 17. Juni 1992 über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten Luxemburger Rechts kann die Bank von dem dort vermerkten Wahlrecht Gebrauch machen und innerhalb des Anlagebestands verschiedene Bewertungsmethoden nebeneinander anwenden.

■ Handelsbestand

Dieser Kategorie werden Wertpapiere zugeordnet, die dazu bestimmt sind, sie kurzfristig (möglichst gewinnbringend) zu verkaufen oder wieder zu kaufen.

Wertpapiere des Handelsbestandes werden nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Beibehaltungswahlrechtes bewertet.

■ Liquiditätsbestand

Dieser Kategorie werden Wertpapiere zugeordnet, die weder dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen, noch dazu bestimmt sind, sie kurzfristig gewinnbringend zu verkaufen oder wieder zu kaufen.

Wertpapiere des Liquiditätsbestandes werden nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Beibehaltungswahlrechtes bewertet.

Die Bank wendet eine Paketbewertung für Asset-Swaps im Liquiditätsbestand an. Die festverzinslichen Wertpapiere des Liquiditätsbestandes, die mit einem Zinsswap verbunden sind und zum Niederstwertprinzip bewertet werden, werden gemeinsam mit dem Zinsswap als wirtschaftliche Einheit betrachtet, wobei auf die Zinsswaps die gleiche Bewertungsmethode wie auf die Wertpapiere angewendet wird. Latente Nettoverluste der jeweiligen Bewertungseinheiten (bestehend aus festverzinslichem Wertpapier und zugehörigen Zinsswap) werden wertberichtigt, latente Nettogewinne bleiben unberücksichtigt.

Für strukturierte Wertpapiere kommt der oben beschriebene Bewertungsansatz zum Tragen.

■ Behandlung der Agien oder Disagien

Agien und Disagien werden in den Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und über die Laufzeit der Wertpapiere linear verteilt. Eine Abschreibung der Agien bzw. Zuschreibung der Disagien erfolgt in den zulässigen Fällen pro rata temporis über die Zinspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung.

2.6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die sonstigen im Bestand befindlichen Wertpapierpositionen, die nicht zu der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ zählen, werden nach dem strengen

Niederwertprinzip bewertet. Die Bewertung erfolgt auf Basis von notierten Kursen oder Rücknahmepreisen.

2.7 Wertberichtigungen

Die Bank verfolgt die Politik, spezifische Wertberichtigungen vorzunehmen, um Verlust- und Ausfallrisiken auf bestehende Forderungen und Wertpapiere abzudecken.

2.8 Gegenstände des Anlagevermögens, die nicht Finanzanlagen darstellen

Die Bilanzierung der Gegenstände des Anlagevermögens, die nicht Finanzanlagen darstellen, erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Soweit die Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen gemindert. Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden ohne Rücksicht darauf, ob ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist, Wertberichtigungen vorgenommen, um sie mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, wenn es sich voraussichtlich um eine dauernde Wertminderung handelt. Die Wertberichtigungen werden aufgelöst, wenn die Gründe ihrer Bildung nicht mehr bestehen

Entsprechend der Nutzungsdauer werden die immateriellen Anlagewerte, EDV-Ausstattungen, die Büromaschinen und Geschäftswagen mit 25% bzw. 33%, die Büromöbel, die nicht eingebauten technischen Einrichtungen und Einbauten sowie Umbauten der angemieteten Geschäftsräume mit 20% linear abgeschrieben.

Bei Vermögensgegenständen, die in der ersten Jahreshälfte angeschafft wurden, wird die volle Jahresabschreibung in Betracht gezogen; bei Anschaffung nach dem 30. Juni des Geschäftsjahres wird die Abschreibung nur in Höhe der halbjährlichen Abschreibung vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Einzelanschaffungskosten innerhalb des gesetzlich festgelegten Rahmens werden im Jahr ihrer Anschaffung als Aufwand erfasst.

2.9 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen, zu Anschaffungskosten bilanziert.

3. Offenlegung von Informationen über Finanzinstrumente

3.1 Strategien beim Einsatz von Finanzinstrumenten

Die Bank setzt sowohl klassische als auch derivative Finanzinstrumente der Geld-, Devisen- und Kapitalmärkte ein. Sie nimmt dabei Gelder über verschiedene Zeiträume auf und investiert diese in Vermögenswerte mit hoher Qualität und attraktiven Zinsmargen unter dem Gesichtspunkt der Eigenkapitalrendite. Den Großteil der Aktiva bilden dabei Wertpapiere, die vorwiegend als

Floater oder Asset-Swap-Pakete gekauft werden. Darüber hinaus versucht die Bank die Margen langfristig zu verbessern, indem sie in Abhängigkeit von den aktuellen und zu erwartenden Zinsstrukturkurven Fristentransformation betreibt. Dies geschieht schwerpunktmäßig mit Hilfe derivativer Instrumente im Geld- und Kapitalmarkt in verschiedenen Währungen. Da die Gesamtbanksteuerung und die Handelsaktivitäten in einer Abteilung durchgeführt werden, konnte das enge Zusammenspiel zwischen Liquiditätssteuerung und Risikosteuerung im Zinsbereich optimiert werden.

Die Bank tätigt Geschäfte in börsengehandelten Instrumenten und OTC-Instrumenten einschließlich Derivaten und nutzt die Vorteile in kurzfristigen Marktschwankungen der Aktien-, Bond-, Währungs- und Zinsmärkte.

Die Bank steuert das Devisenrisiko mit Hilfe von Kassa- oder Termingeschäften.

Teile der vorhandenen Zinsänderungsrisiken, die aus Wertschwankungen festverzinslicher Positionen resultieren, werden durch den Einsatz von IRS und CCIRS abgesichert.

3.2 Informationen zu den Primärfinanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle beschreibt den Umfang der in der Bank vorhandenen Primärfinanzinstrumente, nach Buchwert und in Laufzeitbändern gegliedert. Die berechnete Restlaufzeit ergibt sich aus der Differenz zwischen Bilanzstichtag und der einzelkontraktbezogenen Endfälligkeit.

3.2.1 Analyse der Finanzinstrumente – Primärfinanzinstrumente (Buchwert €)

| | Primärfinanzinstrumente (zum Buchwert) | | | | Sicht | Total |
|--------------------------------------------------------------------|----------------------------------------|---------------------|--------------------|---------------|---------------|-----------------------|
| | <= 3 Monate | >3 Monate <= 1 Jahr | >1 Jahr <= 5 Jahre | > 5 Jahre | | |
| Finanzinstrumentkategorien (finanzielle Aktiva) | | | | | | |
| Kassenbestand, Guthaben bei den Zentralbanken und Postscheckämtern | | | | | 1.303.369.090 | 1.303.369.090 |
| Vorjahr | | | | | 78.096.300 | 78.096.300 |
| Forderungen an Kreditinstitute: | | | | | | 1.561.457.637 |
| Vorjahr | | | | | | 1.950.023.043 |
| - täglich fällig | | | | | 496.421.575 | |
| Vorjahr | | | | | 300.401.457 | |
| - sonstige Forderungen | 215.084.241 | 108.986.500 | 740.965.321 | - | | |
| Vorjahr | 254.220.910 | 262.914.657 | 1.132.486.019 | - | | |
| Forderungen an Kunden* | 3.588.772.379 | 687.209.432 | 1.901.169.414 | 283.138.684 | 73.931.164 | 6.534.221.073 |
| Vorjahr | 2.816.354.566 | 177.602.826 | 2.793.205.058 | 388.290.622 | 179.831.088 | 6.355.284.160 |
| Schuldverschreibungen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere** | 339.305.687 | 852.540.354 | 3.809.126.560 | 1.301.168.967 | | 6.302.141.568 |
| Vorjahr | 217.828.060 | 399.670.211 | 4.474.135.456 | 1.409.354.030 | | 6.500.987.757 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | - | - | 9.563.448 | 20.042.576 | | 29.606.024 |
| Vorjahr | - | - | 11.011.311 | 17.693.834 | | 28.705.145 |
| Total | | | | | | 15.730.795.392 |
| Total Vorjahr | | | | | | 14.913.096.405 |
| Finanzinstrumentkategorien (finanzielle Passiva) | | | | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten: | | | | | | 9.997.239.602 |
| Vorjahr | | | | | | 7.332.282.054 |
| - täglich fällig | | | | | 3.184.138.609 | |
| Vorjahr | | | | | 1.154.994.838 | |
| - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 5.102.588.220 | 1.697.893.093 | 12.177.670 | 442.010 | | |
| Vorjahr | 5.306.282.579 | 848.887.981 | 21.992.631 | 124.025 | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden: | | | | | | 4.877.024.512 |
| Vorjahr | | | | | | 6.781.286.141 |
| - Spareinlagen | | | | | | |
| - sonstige Verbindlichkeiten | | | | | | |
| - täglich fällig | | | | | 1.011.140.547 | |
| Vorjahr | | | | | 1.459.369.780 | |
| - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 3.000.947.480 | 853.226.485 | 11.710.000 | - | | |
| Vorjahr | 4.564.359.213 | 741.462.148 | 16.095.000 | - | | |
| Total | | | | | | 14.874.264.114 |
| Total Vorjahr | | | | | | 14.113.568.195 |

* In den Forderungen an Kunden mit Laufzeit <= 3 Monate sind 38,1 Mio. € Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

** Zu den Bilanzstichtagen 2010 und 2011 befanden sich keine Wertpapiere im Handelsbestand.

3.3 Analyse der Finanz-Derivate

Die nachstehenden Tabellen zeigen den Stand der Derivate im Handels- und Anlagebestand, heruntergebrochen nach Nominalbeträgen und nach Laufzeitbändern gegliedert. Die Laufzeitbänder errechnen sich aus dem Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und Endfälligkeit der einzelnen Kontrakte.

3.3.1 Analyse der Finanzinstrumente – derivative OTC Produkte außerhalb des Handelsbestandes

| in € | Nennwert | <= 3 Monate | | > 3 Monate <= 1 Jahr | | > 1 Jahr <= 5 Jahre | | > 5 Jahre | | Summe | |
|-----------------------------|----------------|--------------------|---------------------|----------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--------------------|---------------------|--------------------|---------------------|
| | | Fair value | | Fair value | | Fair value | | Fair value | | Fair value | |
| | | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva |
| Instrumentenklassen | | | | | | | | | | | |
| Zinsinstrumente | | | | | | | | | | | |
| - Swaps | 14.000.777.737 | 35.643 | 445.892 | 4.792.781 | 6.372.177 | 77.133.893 | 220.671.424 | 187.782.534 | 265.004.271 | 269.744.851 | 492.493.764 |
| - Zinsoptionen | 1.500.397.735 | | 1 | 109.977 | 27.620 | 6.526.210 | 6.586.404 | 1.052.967 | 1.253.545 | 7.689.154 | 7.867.570 |
| - zukünftiges Termingeld | 50.000.000 | 27.744 | | | | | | | | 27.744 | |
| Instrumente in Devisen/Gold | | | | | | | | | | | |
| - Terminkontrakte | 8.723.411.155 | 61.794.905 | 57.196.627 | 65.149.146 | 67.382.311 | 105.403.003 | 104.248.544 | 626.956 | 617.663 | 232.974.010 | 229.445.145 |
| - Swaps | 911.820.078 | | | 4.100.800 | 3.601.403 | 2.911.951 | 20.404.329 | 37.529.653 | 40.225.385 | 44.542.404 | 64.231.117 |
| Bonitätsinstrumente | | | | | | | | | | | |
| - Credit Default Swaps | 741.322.942 | | 91.377 | 478.938 | 1.132.111 | 2.597.145 | 2.814.118 | 7.746.659 | 11.544.406 | 10.822.742 | 15.582.012 |
| Total | | | | | | | | | | 565.800.905 | 809.619.608 |

3.3.2 Analyse der Finanzinstrumente - derivative OTC Produkte des Handelsbestandes

| in € | Nennwert | <= 3 Monate | | > 3 Monate <= 1 Jahr | | > 1 Jahr <= 5 Jahre | | > 5 Jahre | | Summe | |
|-----------------------------|-------------|--------------------|---------------------|----------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--------------------|---------------------|--------------------|---------------------|
| | | Fair value | | Fair value | | Fair value | | Fair value | | Fair value | |
| | | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva | Finanzielle Aktiva | Finanzielle Passiva |
| Instrumentenklassen | | | | | | | | | | | |
| Zinsinstrumente | | | | | | | | | | | |
| - Swaps | 12.500.000 | | | | | | 814.721 | | | | 814.721 |
| Instrumente in Devisen/Gold | | | | | | | | | | | |
| - Optionen | 931.943.826 | 3.692.368 | 3.692.368 | 9.314.436 | 9.314.436 | 1.505.550 | 1.505.550 | | | 14.512.354 | 14.512.354 |
| Total | | | | | | | | | | 14.512.354 | 15.327.075 |

3.4 Kreditrisiken

3.4.1 Informationen über das Kreditrisiko – derivative OTC-Produkte

| Kreditrisiko für derivative OTC Produkte* (unter Anwendung der Marktrisikomethode) | | | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------|------------------|-----------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|----------------------------|
| in € | Nennwerte (1) | laufende Wiederbeschaffungs- kosten (2) | potenzielle künftige Wiederbeschaffungs- kosten (3) | globale Wiederbeschaffungskosten (4)=(2) + (3) | Nettorisiko- engagement |
| Solvabilität der Kontrahenten (auf Grundlage externer oder interner Bewertungen) | | | | | |
| Kreditinstitute Zone A | 15.919.122.165 | 206.890.768 | 223.970.227 | 430.860.995 | 430.860.995 |
| Kreditinstitute Zone B | - | - | - | - | - |
| Kunden Zone A | 9.221.556.758 | 372.538.607 | 164.280.550 | 536.819.157 | 536.819.157 |
| Kunden Zone B | - | - | - | - | - |
| Andere Zone A | 135.586.017 | 9.762.314 | 677.930 | 10.440.244 | 10.440.244 |
| Andere Zone B | - | - | - | - | - |
| Summe | | | | | 978.120.396 |

* ohne Credit Default Swaps (siehe Erläuterung 20)

Aufgliederung des Kreditrisikos

3.4.2 Aufgliederung nach geografischer Zone

| in € | Buchwerte Kredite und andere Posten der Bilanz | Buchwerte Zusagen und Eventualverbindlichkeiten | Wiederbeschaffungskosten Derivate Instrumente OTC* | Summe |
|----------------------|------------------------------------------------|-------------------------------------------------|----------------------------------------------------|-----------------------|
| Deutschland | 6.917.003.763 | 1.291.068.757 | 565.320.545 | 8.773.393.065 |
| Spanien | 1.744.561.243 | - | - | 1.744.561.243 |
| Luxemburg | 1.514.767.997 | 33.992.154 | 19.629.275 | 1.568.389.426 |
| Italien | 1.336.888.155 | - | - | 1.336.888.155 |
| Großbritannien | 781.608.834 | 172.806.204 | 225.860.782 | 1.180.275.820 |
| Frankreich | 811.658.674 | - | 49.323.904 | 860.982.578 |
| Andere Länder Zone A | 2.933.666.061 | 98.355.657 | 117.985.890 | 3.150.007.608 |
| Zone B | 20.547.142 | - | - | 20.547.142 |
| Summe | 16.060.701.869 | 1.596.222.772 | 978.120.396 | 18.635.045.037 |

* ohne Credit Default Swaps (siehe Erläuterung 20)

3.4.3 Aufgliederung nach Wirtschaftssektor / Art des Kontrahenten

| in € | Buchwerte Kredite und andere Posten der Bilanz | Buchwerte Zusagen und Eventualverbindlichkeiten | Wiederbeschaffungskosten Derivate Instrumente OTC* | Summe |
|-----------------|------------------------------------------------|-------------------------------------------------|----------------------------------------------------|-----------------------|
| Kreditinstitute | 7.417.477.892 | 224.906.419 | 430.860.995 | 8.073.245.306 |
| Firmenkunden | 7.932.951.677 | 1.329.799.297 | 536.819.157 | 9.799.570.131 |
| Privatkunden | 8.030.065 | - | - | 8.030.065 |
| Öffentl. Sektor | 469.238.406 | 41.517.056 | - | 510.755.462 |
| Andere | 233.003.829 | - | 10.440.244 | 243.444.073 |
| Summe | 16.060.701.869 | 1.596.222.772 | 978.120.396 | 18.635.045.037 |

* ohne Credit Default Swaps (siehe Erläuterung 20)

3.5 Marktrisiken

Wie im Lagebericht beschrieben, wendet die Bank zur statistischen Abschätzung des möglichen Verlustes aus Marktpreisrisiken den Value-at-Risk-Ansatz (VaR) an. Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt ergänzend auf Basis barwertorientierter Ansätze, z.B. Delta-Vektoren. Das VaR-Modell ist ergebnisabhängig dynamisiert. Realisierte sowie nicht realisierte Verluste werden vom Limit abgezogen.

Als Grundlage für die Ermittlung der VaR-Kennzahlen wurde für das Nicht-Handelsbuch eine Haltedauer von 10 Tagen, eine Historie von 250 Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% definiert. Im Handelsbuch wurde eine Haltedauer von einem Tag, eine Historie von 250 Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% definiert.

Die Berechnung der Value-at-Risk Auslastung erfolgt mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation. Seit Mai 2011 wird der VaR sowohl für das Handelsbuch als auch für das Nicht-Handelsbuch einheitlich auf dieser Basis berechnet. Davor kam für das Nicht-Handelsbuch ein Varianz-/Kovarianz-Ansatz zum Einsatz.

Das vom Vorstand der Deutschen Postbank AG genehmigte Limit für das Handelsbuch beläuft sich auf 0,506 Mio. € (Vorjahr: 1,581 Mio. €), für das Nicht-Handelsbuch auf 65,3 Mio. € (Vorjahr: 50 Mio. €).

Die VaR-Limit-Auslastung zum 31. Dezember 2011 stellt sich wie folgt dar:

| | Limithöhe Mio. € | Auslastung 31.12.2011 Mio. € | in % |
|-------------------|---------------------|---------------------------------|-------|
| Handelsbuch | 0,506* | 0,086 | 17,0 |
| Nicht-Handelsbuch | 65,3* | 56,675 | 86,79 |

* dynamisiertes Limit

Bei den seit 2010 angewandten Faktor-VaR-Limiten im Handelsbuch für die Risikofaktoren Aktien, Devisen, Zinsen und Spreads bewegen sich die Auslastungen zwischen 0% im Bereich Aktien und 19% im Bereich Spreads.

4. Forderungen an Kreditinstitute

Betreffend die Gliederung der Forderungen an Kreditinstitute nach Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag verweisen wir auf die Tabelle unter Punkt 3.2.1.

An verbundene Kreditinstitute bestehen Forderungen in Höhe von 107.785.305,99 € inklusive der täglich fälligen Forderungen (Vorjahr: 43.241 T€).

5. Forderungen an Kunden

Betreffend die Gliederung der Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag verweisen wir auf die Tabelle unter Punkt 3.2.1.

An verbundene Kunden bestehen Forderungen in Höhe von 3.058.186.877,59 € inklusive der täglich fälligen Forderungen (Vorjahr: 2.387.910 T€).

Weiterhin sind zum Geschäftsjahresende Schuldscheindarlehen und Kredite in Höhe von nominal 806.250 T€ als Sicherheiten für aktuelle und zukünftige eigene Verbindlichkeiten aus Tendergeschäften über die BCL bei der Deutschen Bundesbank im Rahmen des Krediteinreichungsverfahrens hinterlegt.

6. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Zum Bilanzstichtag sind in den „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ nominal 1.203.762 T€ (Vorjahr: 628.000 T€) enthalten, welche innerhalb eines Jahres fällig werden.

Weiterhin sind zum Geschäftsjahresende Wertpapiere mit einem Kurswert in Höhe von 20.905 T€ (Vorjahr: 10.448 T€) als Sicherheit für eigene Eventualverbindlichkeiten aus Futures-Geschäften bei einer Drittbank bzw. mit einem Kurswert in Höhe von 3.751.217 T€ (Vorjahr 5.375.822 T€) als Sicherheiten für aktuelle und zukünftige eigene Verbindlichkeiten aus Tendergeschäften bei der Luxemburger Zentralbank hinterlegt.

Die unter „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Papiere gliedern sich nach Niederwertabschreibungen:

| | 31.12.2011 € | 31.12.2010 T€ |
|----------------------|----------------------|------------------|
| - Anlagebestand | 6.045.551.257 | 6.252.907 |
| - Liquiditätsbestand | 256.590.311 | 248.081 |
| - Handelsbestand | - | - |
| | 6.302.141.568 | 6.500.988 |

Die darin enthaltenen Engagements mit sogenannten „PIIGS-Staaten“ stellen sich nach Niederwertabschreibungen wie folgt dar:

| | Kreditinstitute € | Kunden € | öffentliche Haushalte € | Gesamt € |
|--------------|----------------------|--------------------|-------------------------------|----------------------|
| Portugal | 383.865.400 | - | - | 383.865.400 |
| Italien | 1.114.862.995 | - | 11.427.146 | 1.126.290.141 |
| Irland | - | 68.888.592 | - | 68.888.592 |
| Griechenland | - | - | 10.040.080 | 10.040.080 |
| Spanien | 902.015.205 | 693.794.103 | - | 1.595.809.308 |
| | 2.400.743.600 | 762.682.695 | 21.467.226 | 3.184.893.521 |

Davon werden 950.462.905 € in 2012 fällig.

Darüber hinaus enthalten die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten folgende Agio- bzw. Disagio-beträge, die linear über die Restlaufzeit der Wertpapiere verteilt werden:

| | 31.12.2011 € | 31.12.2010 T€ |
|------------|-----------------|------------------|
| - Disagien | 61.678.459 | 48.498 |
| - Agien | 1.412.999 | 571 |

Im Berichtsjahr wurden im Anlagebestand Wertpapiere in Höhe von nominal 618.000.000 € (Vorjahr: 557.960 T€) endfällig.

Der Posten enthält zum Bilanzstichtag zur Refinanzierung zugelassene Schuldverschreibungen öffentlicher Stellen in Höhe von 318,3 Mio. € (Vorjahr: 35,9 Mio. €).

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind nominal 6.417.294.814 € börsennotierte Titel und nominal 46.427.711 € nicht börsennotierte Titel enthalten.

Zum Bilanzstichtag sind im Rahmen von Pensionsgeschäften mit einer festen Verkauf- und Rückkaufvereinbarung Titel in Höhe von nominal 738.350.000 € (Vorjahr: 0 Mio. €), die weiterhin in dem Posten bilanziert werden, an Pensionsnehmer übertragen.

7. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere betreffen fast ausschließlich (99,93%) nicht börsennotierte Anteile an Investmentfonds und Indexzertifikate.

8. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Diese Position beinhaltet folgende Gesellschaften:

| | Sitz | Beteiligung i.h.v. | Buchwert 31.12.2011 € | Eigenkapital 31.12.2010 € | Jahresergebnis 31.12.2010 € |
|-------------------------------------------|-----------|-----------------------|-----------------------------|---------------------------------|-----------------------------------|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | | |
| Deutsche Postbank | | | | | |
| Vermögens-Management S.A. | Luxemburg | 100,00% | 15.392.047 | 20.419.586 | 11.325.075 |
| Deutsche Postbank Finance | | | | | |
| Center Objekt GmbH | Luxemburg | 100,00% | 70.000 | 49.667 | 354.671 |
| DPBI Immobilien KGaA | Luxemburg | 10,01% | 31.020 | 347.624 | 119.944 |

Zweck der Deutschen Postbank Vermögens-Management S.A. (PBVM) ist die Auflegung und Verwaltung von Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA) gemäß Gesetz vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen sowie die Ausführung sämtlicher Tätigkeiten, welche mit der Verwaltung solcher OGA verbunden sind.

Die Haupttätigkeit der Deutschen Postbank Finance Center Objekt GmbH besteht in der Verwaltung und Vermietung einer den Bankbetrieb unterstützenden Immobilie. Zweck der DPBI Immobilien KGaA ist die Vermietung eines Grundstückes im Großherzogtum Luxemburg. Seit dem 14.12.2010 hält die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH 89,99% der Anteile an der DPBI Immobilien KGaA, so dass die Bank direkt und indirekt 100% der Anteile an der Gesellschaft hält.

Bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich ausschließlich um nicht börsennotierte Wertpapiere.

9. Sicherungsübereignung von Vermögenswerten

Zum Stichtag wurde bei der Zentralbank von Luxemburg ein Mindestreservenguthaben in Höhe von 1.303.257 T€ unterhalten.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) hat die Bank für Zinsderivate Barsicherheiten in Höhe von 483.604 T€ gegeben und in Höhe von 8.820 T€ hereingenommen.

10. Entwicklung des Anlagevermögens

| | Anschaffungskosten | | | | Wertberichtigungen | | | | Nettowerte des | Nettowerte des |
|---------------------------------------------------------------------|------------------------------------|-------------------------|-------------------------|------------------------------------|---------------------------------------|-------------------------|-------------------------|---------------------------------------|----------------------|----------------------|
| | Bruttowerte zum 01.01.2011 € | Zugänge in 2011 € | Abgänge in 2011 € | Bruttowerte zum 31.12.2011 € | Abschreibungen zum 01.01.2011 € | Zugänge in 2011 € | Abgänge in 2011 € | Abschreibungen zum 31.12.2011 € | zum 31.12.2011 € | zum 31.12.2010 T€ |
| 1. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 6.252.907.228 | 984.463.381 | 1.167.567.113 | 6.069.803.496 | – | 24.252.239 | – | 24.252.239 | 6.045.551.257 | 6.252.907 |
| 2. Beteiligungen | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 3. Anteile an verbundenen Unternehmen | 15.493.067 | – | – | 15.493.067 | – | – | – | – | 15.493.067 | 15.493 |
| 4. Immaterielle Anlagewerte | 9.302.252 | 456.315 | 145.917 | 9.612.650 | 7.907.308 | 871.486 | 143.727 | 8.635.067 | 977.583 | 1.395 |
| 5. Sachanlagen | 7.386.428 | 780.774 | 735.152 | 7.432.050 | 6.600.552 | 578.952 | 733.825 | 6.445.679 | 986.371 | 786 |
| | 6.285.088.975 | 985.700.470 | 1.168.448.182 | 6.102.341.263 | 14.507.860 | 25.702.677 | 877.552 | 39.332.985 | 6.063.008.278 | 6.270.581 |

11. Nicht zum Fair Value bewertete Finanzanlagen

Die Finanzanlagen, die mit einem Betrag über ihrem Fair Value ausgewiesen werden, ohne dass von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, eine Wertberichtigung vorzunehmen, stellen sich wie folgt dar:

| | 31.12.2011 | | |
|---------------------------------------------------------------|------------|-----------|-----------|
| | Buchwert | Marktwert | Differenz |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 3.586.458 | 3.245.873 | -340.585 |

Der Marktwertrückgang resultiert aus Ausweitungen der Bonitäts spreads der Schuldner, wobei diese Spreadausweitungen im Regelfall nicht einer individuellen Bonitätsverschlechterung der Emittenten, sondern der allgemeinen Spreadausweitung z.B. im Rahmen der Euro-Staatenkrise geschuldet sind. Bei den Emittenten handelt es sich im Wesentlichen um Banken, bei denen aufgrund ihrer Bonität, gewährter Sicherheiten und den bestehenden Sicherungsmaßnahmen der öffentlichen Hand weiterhin von einer vollständigen Rückzahlung von Kapital und Zinsen ausgegangen werden kann. Die für die Nichtbanken regelmäßig durchgeführten Bonitätsanalysen deuten trotz des schwierigen makroökonomischen Umfelds ebenfalls darauf hin, dass die Schuldner sowohl den Zins- als auch den Kapitaldienst bis zur Endfälligkeit leisten werden.

12. Aktiva, die auf Fremdwährung lauten

Der Gesamtbetrag der Aktiva, die auf Fremdwährung lauten, beträgt zum Bilanzstichtag umgerechnet 319.491.872 € (Vorjahr: 371.223 T€).

13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

Betreffend die Gliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag verweisen wir auf die Tabelle unter Punkt 3.2.1.

Gegenüber verbundenen Kreditinstituten bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 9.455.730.045 € (Vorjahr: 6.956.747 T€), inklusive der täglich fälligen Verbindlichkeiten.

14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

Betreffend die Gliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag verweisen wir auf die Tabelle unter Punkt 3.2.1.

Gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 766.695.675 € (Vorjahr: 731.891 T€), inklusive der täglich fälligen Verbindlichkeiten.

15. Rückstellungen für das Einlagensicherungssystem

Die Bank ist Mitglied im „Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem Luxemburg“ (AGDL). Durch diesen Einlagensicherungsfonds werden Kundenguthaben bis zu 100.000 € gesichert. Darüber hinaus sind auch

Wertpapierdepots der Kunden bis zu einem Betrag von 20.000 € gesichert. Die im Berichtsjahr erhaltenen Rückerstattungen durch die AGDL in Höhe von 14.997 € (Vorjahr: 32 T€) aus diesen Schadenfällen hat die Bank steuerneutral in die Rückstellungen für das Einlagensicherungssystem eingestellt. Darüber hinaus hat die Bank Rückstellungen in der gesetzlich zulässigen Höhe von 149.991 € dotiert.

16. Sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände enthält im Wesentlichen gezahlte Optionsprämien und geleistete Steuervorauszahlungen, für die ein Erstattungsanspruch besteht.

Die Position Sonstige Verbindlichkeiten setzt sich im Wesentlichen aus erhaltenen Optionsprämien sowie noch abzuführenden Steuern und Sozialabgaben zusammen.

17. Gezeichnetes Kapital

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 beträgt das genehmigte, gezeichnete und voll eingezahlte Gesellschaftskapital der Bank 600.000 T€ eingeteilt in 1.071.500 Aktien ohne Nennwert.

18. Treuhandgeschäfte, die nicht ausdrücklich der Großherzoglichen Verordnung vom 27. Juli 2003 unterliegen

Die Treuhandgeschäfte, die nicht ausdrücklich der Großherzoglichen Verordnung vom 27. Juli 2003 unterliegen, sind in Höhe von 111 T€ in "Forderungen gegenüber Kunden" enthalten (Vorjahr: Forderungen gegenüber Kunden 584 T€).

19. Passiva, die auf Fremdwährung lauten

Der Gesamtbetrag der Passiva, die auf Fremdwährung lauten, beträgt zum Bilanzstichtag umgerechnet 409.523.007 € (Vorjahr: 399.224 T€).

20. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen

Die Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2011 | 31.12.2010 |
|----------------------------------|--------------------|----------------|
| | € | T€ |
| Eventualverbindlichkeiten | | |
| - Avale | 27.479.692 | 26.904 |
| - Credit Default Swaps | 215.928.588 | 227.226 |
| - Sonstige | 144.497 | 303 |
| | 243.552.777 | 254.433 |
| Kreditzusagen | 1.352.669.995 | 1.695.999 |

21. An Devisenkurse, Zinssätze und andere Marktkurse gebundene Geschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2011 € | 31.12.2010 T€ |
|-------------------------------------------------|-----------------------|-------------------|
| An Devisenkurse gebundene Geschäfte | | |
| - Devisentermingeschäfte | 8.719.907.045 | 6.422.987 |
| - Zins- und Währungsswaps | 927.998.457 | 500.621 |
| - Devisenoptionen* | 458.416.893 | 326.324 |
| | 10.106.322.395 | 7.249.932 |
| An Zinssätze gebundene Geschäfte | | |
| - Interest Rate Swaps | 14.013.277.737 | 10.344.041 |
| - Zinsoptionen* | 735.177.869 | 741.004 |
| - Zinsfutures | - | 16.700 |
| | 14.748.455.606 | 11.101.745 |
| An andere Marktkurse gebundene Geschäfte | | |
| - Index-Futures | - | 5.071 |
| | - | 5.071 |

* Bei Optionen werden nur die Stillhalterpositionen berücksichtigt.

Eine Aufteilung der Geschäfte nach Trading und Hedging stellt sich wie folgt dar:

| | 31.12.2011 € | 31.12.2010 T€ |
|------------------------|-----------------------|-------------------|
| Trading | | |
| Zinsswaps | 12.500.000 | 12.500 |
| Futures | - | 21.771 |
| Devisenoptionen* | 458.416.893 | 326.324 |
| | 470.916.893 | 360.595 |
| Hedging | | |
| Zinsswaps | 14.000.777.737 | 10.331.541 |
| Devisentermingeschäfte | 8.719.907.045 | 6.422.987 |
| Caps & Floors* | 387.827.958 | 355.930 |
| Swaptions* | 347.349.911 | 385.074 |
| Cross-Currency-Swaps | 927.998.457 | 500.621 |
| | 24.383.861.108 | 17.996.153 |

* Bei Optionen werden nur die Stillhalterpositionen berücksichtigt.

22. Dienstleistungen für Verwaltung und Vertretung

Als Dienstleistungen für Verwaltung und Vertretung wurden seitens der Bank folgende Aktivitäten ausgeführt:

- Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren
- Verwaltung von Treuhandkonten
- Fondsadministration
- Geschäftsbesorgung für Konzernunternehmen.

23. Zins- und Provisionserträge

Die für das Geschäftsjahr ausgewiesenen Zins- und Provisionserträge stammen zum überwiegenden Teil aus Geschäften mit Banken und Kunden aus OECD-Ländern sowie aus für Konzernunternehmen erbrachten Dienstleistungen.

24. Sonstige betriebliche Erträge

Die Position Sonstige betriebliche Erträge beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen aus der Leistungsverrechnung (810 T€) sowie die vereinnahmten Erträge aus der Erstattung von Projektkosten mit der Deutschen Postbank Bonn (203 T€) und Rückerstattungen der Luxemburger Mutualitätsversicherung (203 T€).

25. Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand im Geschäftsjahr stellt sich wie folgt dar:

| | 2011 Anzahl | 2010 Anzahl |
|------------------------|----------------|----------------|
| - Geschäftsleitung | 3 | 3 |
| - Leitende Angestellte | 10 | 10 |
| - Tarifangestellte | 162 | 166 |
| | 175 | 179 |

26. Bezüge der Organe

Die Höhe der den Mitgliedern der Leitungs- und Verwaltungsorgane für ihre Tätigkeit gewährten Bezüge im Geschäftsjahr stellt sich wie folgt dar:

| | T€ |
|---------------------------------------------|-------|
| - Geschäftsleitung und leitende Angestellte | 3.127 |
| - Verwaltungsorgane | - |

An Mitglieder der Organe bestehen zum Bilanzstichtag keine Kredite und Garantien.

27. Honorar des Abschlussprüfers

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer setzt sich wie folgt zusammen (Angaben exklusive Mehrwertsteuer):

| | 2011 € | 2010 T€ |
|-----------------------------|-----------|------------|
| – Abschlussprüfung | 278.598 | 316 |
| – Andere Prüfungsleistungen | 40.000 | 40 |
| – Steuerberatungsleistungen | - | - |
| – Sonstige Leistungen | - | - |

Von dem in 2011 als Aufwand erfassten Honorar betreffen 12.598 € das Geschäftsjahr 2010.

28. Offenlegung gemäß Rundschreiben CSSF 06/273 (Offenlegung gemäß Säule III von Basel II)

Mit dem geänderten Rundschreiben CSSF 06/273 hat die Commission de Surveillance du Secteur Financier die Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und die Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die angemessene Eigenmittelausstattung von Wertpapierunternehmen und Kreditinstituten in nationales Recht umgesetzt.

Die Richtlinie 2009/27/EG der Kommission vom 7. April 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer Vorschriften für das Risikomanagement sowie die Richtlinie 2009/83/EG der Kommission vom 27. Juli 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mit technischen Bestimmungen über das Risikomanagement und die Richtlinie 2009/111/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großrisiken, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement („CRD II“) wurden von der CSSF mit Rundschreiben 10/475 mit Wirkung zum 31. Dezember 2010 in nationales Recht übernommen und von der Bank bei der Ermittlung des Eigenmittelkoeffizienten berücksichtigt. Mit Rundschreiben CSSF 10/450 wurde die ursprünglich bis zum 31. Dezember 2009 befristete „Floor-Regelung“, die die Eigenmittellastung durch die Anwendung von BASEL II begrenzt, um zwei Jahre verlängert. Mit Rundschreiben CSSF 10/496 wurde die Richtlinie 2010/76/EU zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenmittelanforderungen für Handelsbuch und Wiederverbriefungen in nationales Recht umgesetzt.

Die Deutsche Postbank International S.A. ist gemäß den o.g. Rundschreiben grundsätzlich von der Pflicht zur Offenlegung befreit, da die Deutsche Bank AG als in der Europäischen Union ansässiges übergeordnetes Institut ihrerseits den Offenlegungspflichten der o.g. EU-Richtlinien unterliegt. Die Offenlegungsanforderungen der Säule III sind in Deutschland in § 26a des Kreditwesengesetzes und im Teil 5 der Solvabilitätsverordnung festgeschrieben. Auf dieser Basis erstellt die Deutsche Bank AG für die Deutsche Bank Institutsgruppe einen Basel II Säule 3 Bericht. Dieser ist auf der Homepage der Deutschen Bank AG (www.deutsche-bank.de) unter „Investor Relations, Berichte und Events, Berichte, Weitere Publikationen“ verfügbar.

Die Bank legt dennoch Informationen über ihre Eigenmittel und ihre Eigenmittelanforderungen auf individueller Basis offen.

Die Bank wendet zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für den größten Teil ihrer Portfolien (Banken, Staaten (ohne Gebietskörperschaften bzw. Regionalregierungen), europäische, US-amerikanische und britische Corporates) den IRB-Basisansatz (ca. 93%) an. Hierbei kommen interne Ratings zum Einsatz, die zentral von der Deutschen Postbank AG ermittelt und konzerneinheitlich verwendet werden. Andere berechnungsrelevante Parameter (wie beispielsweise die Verlustquote bei Ausfall, LGD) werden von der Bankenaufsicht vorgegeben. Für die restlichen Portfolien kommt der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) zur Anwendung, der externe Ratings nutzt. Dies betrifft überwiegend Zentralregierungen, Verbriefungen und Beteiligungen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2011 betragen 969.677 T€ und setzen sich zusammen aus Kernkapital in Höhe von 953.959 T€ und Ergänzungskapital in Höhe von 15.718 T€. Die Gesamtkapitalquote bzw. Kernkapitalquote beliefen sich am Jahresende auf 13,55% bzw. 13,33%. Die Ermittlung der Eigenmittelquote erfolgt in Anwendung der Rundschreiben CSSF 05/227 und CSSF 06/273 auf Basis der International Accounting Standards / International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS).

Die Eigenmittelanforderungen setzen sich wie folgt zusammen:

| Eigenmittelanforderungen | 31.12.2011 | 31.12.2010 |
|------------------------------------------------------------------------------|-------------------|-------------------|
| | Mio. € | Mio. € |
| Kreditrisikopositionen: | | |
| <i>Forderungsklasse</i> | | |
| Forderungen an Zentralverwaltungen und Zentralbanken | 11,4 | 9,8 |
| Forderungen an Institute | 187,2 | 190,3 |
| Forderungen an Unternehmen | 299,1 | 319,5 |
| Retailforderungen | - | - |
| Beteiligungspositionen | 8,8 | 7,2 |
| Verbriefungspositionen | 3,3 | 5,7 |
| Sonstige Aktiva (andere Kreditverpflichtungen) | 0,1 | 0,1 |
| | 509,9 | 532,6 |
| Marktpreisrisikopositionen: | | |
| Währungsrisiken | 1,4 | 4,4 |
| Zinsrisiken aus dem Handelsbuch | 0,9 | 1,4 |
| Risiken aus der Preisveränderung von Anteiltiteln | - | 0,4 |
| | 2,3 | 6,2 |
| Operationelles Risiko: | 23,2 | 22,4 |
| Eigenmittelanforderung gemäß CSSF 06/273 Teil XX Pkt. 3 (Floor-Regelung): | 37,1 | - |
| Eigenmittelanforderung (gesamt) | 572,5 | 561,2 |

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel stellen sich wie folgt dar:

| Aufsichtsrechtliche Eigenmittel | 31.12.2011 | 31.12.2010 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|-------------------|
| | Mio. € | Mio. € |
| Kernkapital: | | |
| gezeichnetes Kapital | 600,0 | 600,0 |
| Rücklagen | 275,9 | 184,6 |
| Verlust-/Gewinnvortrag | 90,1 | 82,3 |
| <i>Abzugsposten</i> | | |
| negatives Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres | - | - |
| immaterielle Anlagewerte | -0,6 | -1,4 |
| Provision Shortfall | -0,4 | -101,7 |
| <i>Prudential filters</i> | | |
| Rücklage aus der Erstanwendung | - | - |
| Nicht realisierte Wertverluste auf Anteiltitel AfS (nach Steuern) | - | - |
| Nicht realisierte Wertverluste auf Forderungstitel AfS und Fair Value Hedges (nach Steuern) | -11,0 | - |
| Summe Kernkapital | 954,0 | 763,8 |
| Ergänzungskapital: | | |
| Provision Excess | 16,0 | - |
| <i>Abzugsposten</i> | | |
| Provision Shortfall: | -0,4 | -4,2 |
| <i>Prudential filters</i> | | |
| Nicht realisierte Wertzuwächse auf Anteiltitel AfS (nach Steuern) | 0,1 | 0,1 |
| Nicht realisierte Wertzuwächse auf Forderungstitel AfS und Fair Value Hedges (nach Steuern) | 0,0 | 4,1 |
| Summe Ergänzungskapital | 15,7 | - |
| Zusätzliches Ergänzungskapital | - | - |
| Aufsichtsrechtliche Eigenmittel (gesamt) | 969,7 | 763,8 |
| Eigenmittelkoeffizient | 13,55% | 10,89% |

29. Nicht in der Bilanz ausgewiesene Geschäfte

Nicht in der Bilanz ausgewiesene Geschäfte, deren Risiken und Vorteile, die aus ihnen entstehen, wesentlich sind, bestehen nicht.

30. Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen

Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen ohne gruppeninterne Transaktionen zu marktüblichen Bedingungen bestehen keine.

Organisation

Mitglieder des Verwaltungsrats

Horst Küpker (Vorsitzender)
Dr. Michael Meyer (stellv. Vorsitzender)
Christoph Schmitz

Geschäftsleitung

Christoph Schmitz
Jochen Begas
Tobias Gansäuer

Privatkundengeschäft

Ralf Schermuly

Firmenkundengeschäft

Matthias Ringler

Finanzierungen

Irene Eppers

Treasury

Jürgen Große

Marktfolge / Kredite

Thomas Pflieger

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18-20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 MUNSBACH

Postadresse

Deutsche Postbank
International S.A.
L-2966 LUXEMBURG

Telefon: (0 03 52) 34 95 31-1

Telefax: (0 03 52) 34 95 32-550

Geschäftsabwicklung

Frank Leuck

Rechnungswesen

Joachim Ulrich

Organisation / IT

Stefan Schares

Revision

Jean-Marie Schaaf

Personal

Ute Hahn-Teusch

Treasury

(0 03 52) 34 95 34

S.W.I.F.T.

PBNKLULL

R.C.S. Luxembourg B 43.851

E-Mail

deutsche.postbank@postbank.lu

Website

www.postbank.lu